



www.im.nrw.de :E-Government :Aktionsplan

Aktionsplan 2009

*E-Government-Umsetzungsplan
für die Jahre 2006 bis 2009*



Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen

NRW.



Aktionsplan 2009

Ansprechpartner

**Ministerialrat Klaus Rastetter
Innenministerium NRW**

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 871 – 2604
Telefax: 0211 / 871 – 16 2604
E-Mail: klaus.rastetter@im.nrw.de

**Regierungsdirektor Dr. Markus Brakmann
Innenministerium NRW**

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 871 – 2056
Telefax: 0211 / 871 – 3355
E-Mail: markus.brakmann@im.nrw.de

Inhaltsverzeichnis

	DANKSAGUNG.....	7
1.	MANAGEMENT SUMMARY	8
2.	AUSGANGSSITUATION UND ZIELSETZUNG DES AKTIONSPANS 2009	9
2.1	Ausgangssituation	9
2.2	Zielsetzung	10
3.	RAHMENBEDINGUNGEN	12
4.	KOMMUNALBEREICH UND WIRTSCHAFT ALS BESONDERE ZIELGRUPPEN DES AKTIONSPANS 2009	14
4.1	Kommunalbereich	14
4.2	Wirtschaft	15
5.	HANDLUNGSFELDER DES AKTIONSPANS 2009	18
5.1	Orientierung an Geschäftsprozessen	18
5.2	Verbesserung des Zusammenwirkens von Gesetzesfolgenabschätzung und E-Government	18
5.3	Maßnahmen für erfolgreiches E-Government	19
5.4	Ausbau der E-Government-Infrastruktur	19
5.5	Projekte und Fachverfahren des Aktionsplans 2009	21
5.5.1	Projekte des Ministerpräsidenten	22
5.5.2	Projekte des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	22
5.5.3	Projekte des Finanzministeriums	22
5.5.4	Projekte des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	23
5.5.5	Projekte des Innenministeriums	24
5.5.6	Projekte des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales	24
5.5.7	Projekte des Ministeriums für Schule und Weiterbildung	25
5.5.8	Projekte des Ministeriums für Bauen und Verkehr	25
5.5.9	Projekte des Justizministeriums	26
5.5.10	Projekte des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	27
5.5.11	Projekte des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration	28
6.	PROJEKTORGANISATION DES AKTIONSPANS 2009	29
	ANHANG	30

Danksagung

Besonderer Dank gilt all jenen, die mit guten Ideen, wertvollen Anregungen und auch kritischer Würdigung zur Entstehung des Aktionsplans 2009 beigetragen haben.

Für die konstruktive Zusammenarbeit ist den kommunalen Spitzenverbänden in NRW zu danken. Ihr Engagement hat dazu beigetragen, dass der kontinuierliche Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Landesverwaltung und Kommunalbereich zielgerichtet auf die spezifischen Belange des Aktionsplans 2009 vertieft wurde. Damit richtet sich der Dank auch an die mitwirkenden Vertreter verschiedener Kommunalverwaltungen und kommunaler IT-Dienstleister.

Darüber hinaus gebührt der Dank einer Vielzahl von Einrichtungen aus dem Wirtschaftsbereich. Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW, der Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Deutsche Handwerkskammertag, die Industrie- und Handelskammer zu Köln, die Handwerkskammer Düsseldorf sowie die Networker NRW haben die Entstehung des Aktionsplans durch wertvolle Anregungen und Hinweise unterstützt.

1. Management Summary

Die Landesregierung NRW sieht im E-Government einen bedeutenden Standortfaktor für Nordrhein-Westfalen und ein wichtiges Instrument zur Verwaltungsmodernisierung.

Die Entwicklung im Bereich des E-Government und der Informationstechnik schreitet dynamisch voran. Es ist daher unabdingbar, dass Nordrhein-Westfalen seine Aktivitäten in diesem Handlungsfeld kontinuierlich fortentwickelt.

Mit Abschluss des Masterplans E-Government 2003 bis 2005 stehen mehr als 1.000 Informationsangebote der Landesverwaltung und eine Vielzahl elektronischer Behördendienstleistungen zur Verfügung.

Gemäß der Koalitionsvereinbarung wird die Landesregierung die begonnene E-Government-Entwicklung mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und Aufgabenfeldern in den nächsten Jahren auf Basis des Aktionsplans 2009 fortführen und forcieren. Übergeordnete Ziele des Aktionsplans 2009 sind die Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes NRW, die weitere Verbesserung der Nutzerorientierung und die Effizienzsteigerung bei der Aufgabenerledigung. Der Aktionsplan 2009 richtet sich an die Zielgruppen Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Kommunalverwaltungen sowie an die Beschäftigten der Landesverwaltung.

Bei der Umsetzung des Aktionsplans 2009 sind ökonomische, rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ebenso zu berücksichtigen, wie die E-Government-Entwicklungen auf EU- und Bundesebene.

Land, Kommunen und Wirtschaft sind Partner einer abgestimmten E-Government-Entwicklung. Die Zusammenarbeit von Landes- und Kommunalverwaltung in NRW ist auch insoweit von herausgehobener Bedeutung, als der Kommunalbereich die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger bei der Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen darstellt.

Der Aktionsplan 2009 ist durch verschiedene Handlungsfelder gekennzeichnet. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt dabei in der Neugestaltung derjenigen Geschäftsprozesse, die künftig elektronisch abgewickelt werden sollen. Zudem soll geprüft werden, ob das Kriterium „E-Government-Verträglichkeit“ im Sinne einer prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung Berücksichtigung finden kann. Grundsätzlich sollen auch anerkannte Maßnahmen für erfolgreiches E-Government wie z.B. Anreize zur Nutzung in die Umsetzung des Aktionsplans 2009 einbezogen werden. Zentraler Bestandteil des Aktionsplans sind weit über 50 Projekte und Fachverfahren der Landesressorts, die über eine reine Information hinaus die Kommunikation und Transaktionen mit den Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen. Des Weiteren ist ein zielgerichteter Ausbau der E-Government-Infrastruktur vorgesehen, um auch neuartige Anforderungen erfüllen zu können.

Der Aktionsplan 2009 ist dynamisch angelegt. Er ist insbesondere offen für weitere Projekte, Verfahren und Maßnahmen, für die Bedarf bei der Wirtschaft, den Bürgerinnen und Bürgern sowie der öffentlichen Verwaltung entsteht.

2. Ausgangssituation und Zielsetzung des Aktionsplans 2009

2.1 Ausgangssituation

E-Government umfasst die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien.

Die Landesregierung NRW sieht im E-Government einen bedeutenden Standortfaktor und ein wichtiges Instrument zur Verwaltungsmodernisierung. Um wesentliche elektronische Behördendiensteleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft als Kunden der Verwaltung über das Internet zur Verfügung zu stellen, wurden die E-Government-Vorhaben der Landesverwaltung zuletzt im Rahmen des Masterplans E-Government in den Jahren 2003 bis 2005 umgesetzt. Schwerpunkte des Masterplans waren

- : die Bereitstellung von E-Government-Diensten,
- : der Ausbau von Informationsangeboten des Landes,
- : der Ausbau der E-Government-Infrastruktur und
- : die Verbesserung der Kooperation mit Bund, Ländern und Kommunen.

Mit Abschluss des Masterplans E-Government stehen mehr als 1.000 Informationsangebote der Landesverwaltung und eine Vielzahl elektronischer Behördendiensteleistungen zur Verfügung.

Im Rahmen des Masterplans wurden darüber hinaus wesentliche Komponenten einer E-Government-Infrastruktur, die für die Unterstützung der elektronischen Behördendiensteleistungen erforderlich sind, den Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung zentral zur Verfügung gestellt. Zur Erstellung und Pflege von Online-Angeboten sowie zur Bereitstellung und Nutzung elektronischer Formulare können die Komponenten Content Management System und Formularserver verwendet werden. Eine Virtuelle Poststelle ermöglicht den Kunden, unter Verwen-

dung qualifizierter elektronischer Signaturen rechtsverbindlich mit der Landesverwaltung zu kommunizieren. Einen zentralen Einstiegspunkt zu den im Internet angebotenen E-Government-Diensteleistungen des Landes stellt das Dienstleistungsportal dar (www.service.nrw.de). Darüber hinaus wurde für diejenigen Verfahren mit dem Kommunalbereich, die über gesicherte Verwaltungsnetze abgewickelt werden, ein Dienstleistungsportal für Kommunen eingerichtet.

Ein weiterer Schwerpunkt des Masterplans E-Government war die ebenenübergreifende Kooperation mit anderen Verwaltungen. Hierzu zählten insbesondere das Engagement des Landes NRW bei Deutschland-Online und die Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Kommunalbereich in NRW, die mit einer gemeinsamen Rahmenempfehlung von Land und Kommunen zur Weiterentwicklung von E-Government bekräftigt wurde.

Im Kontext dieser Rahmenempfehlung wurde mit dem Kooperationsausschuss E-Government ein Gremium etabliert, in dem gemeinsame IT-Vorhaben von Land und Kommunen in NRW festgelegt und Erfahrungen aus staatlichen und kommunalen Projekten ausgetauscht werden. Der Kooperationsausschuss setzte Arbeitsgruppen ein, die sich mit der Umsetzung der in der Rahmenempfehlung genannten Maßnahmen befassen. Aktuell werden in den Arbeitsgruppen die Themen Clearingstelle, Öffentlichkeitsarbeit, Portale und Zuständigkeitsfinder sowie Netze behandelt.

Der Aufbau einer flächendeckenden Vernetzung von Kommunalbereich und Landesverwaltung NRW ist ein wichtiger Erfolg der Zusammenarbeit. Ferner haben sich Land und Kommunen darauf verständigt, die Empfehlung des Kooperationsausschusses ADV Bund/Länder/Kommunaler Bereich zur Nutzung eines Standards für den sicheren Datenaustausch umzusetzen. Die getroffenen Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen stellen einen bedeutenden Schritt hin zu einer engeren Zusammenarbeit bei elektronischen Verwaltungsverfahren dar.

Die im Rahmen des Masterplans erzielten Ergebnisse bilden damit eine gute Grundlage für die kontinuierliche Fortsetzung der E-Government-Entwicklung in NRW mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und Aufgabenfeldern.

2.2 Zielsetzung

Gemäß der Koalitionsvereinbarung wird die Landesregierung die begonnene E-Government-Entwicklung in den nächsten Jahren fortführen und forcieren. Entsprechend dem Kabinettsbeschluss vom 08. Februar 2006 werden Vorhaben in dem vorliegenden Umsetzungsplan für die Jahre 2006 bis 2009 (Aktionsplan 2009) zusammengefasst.

Die übergeordneten Ziele des Aktionsplans 2009 sind die *Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes NRW*, die weitere *Verbesserung der Nutzerorientierung* und die *Effizienzsteigerung bei der Aufgabenerledigung*.

Die Zielsetzungen verdeutlichen, dass über die technische Realisierung von E-Government hinaus zunehmend die Akteure des E-Government und ihr Handeln im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Beim weiteren Ausbau des E-Government in NRW sollen darüber hinaus unterschiedliche Zielstellungen verwirklicht werden, die in ihrer Gesamtheit wesentlich dazu beitragen werden, den Nutzen von E-Government zu erhöhen:

- : Der nachfrageorientierte und bedarfsgerechte Ausbau des Angebotes an Online-Diensten für die Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, andere Verwaltungen sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung soll zielstrebig fortgeführt werden.
- : Die Kooperation mit dem Kommunalbereich soll auf der Grundlage der gemeinsamen Rahmenempfehlung zur Weiterentwicklung des E-Government fortgesetzt und intensiviert werden.

: Die Nutzung der Informationstechnik für interne Aufgaben der Landesverwaltung soll weiter ausgebaut werden.

: Die Verwaltungsprozesse, die elektronisch abgewickelt werden, sollen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit durch Anpassung rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen optimiert und zwischen den beteiligten Verwaltungen harmonisiert werden.

: Die Nutzungsrate von Online-Verfahren in Relation zur papier-basierten Kommunikation bei gleichen Verwaltungsdienstleistungen soll weiter gesteigert werden.

: Die IT-Infrastruktur soll gezielt ausgebaut werden, um neben leistungsfähigen Datendiensten auch das Telefonieren über ein breitbandiges Netz zu ermöglichen.

: Die wissenschaftliche Diskussion zu E-Government soll verfolgt werden, um hieraus konkreten Nutzen für die E-Government-Projekte des Landes Nordrhein-Westfalen generieren zu können.

Der Aktionsplan 2009 richtet sich an die Zielgruppen Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Kommunalverwaltungen sowie an die Beschäftigten der Landesverwaltung.

Die *Wirtschaft* ist als Nutzer der E-Government-Angebote der Landesverwaltung möglichst frühzeitig in die Entwicklung von elektronischen Behördenleistungen einzubinden, damit mögliche Mehrwerte von beiden Seiten optimal ausgeschöpft werden können. Die Zielgruppe Wirtschaft ist maßgeblich dadurch gekennzeichnet, dass die Einführung von E-Government-Anwendungen auf Unternehmensseite dann Unterstützung findet, wenn hierdurch erhebliche Kostenvorteile gegenüber konventionellen Verfahrenswegen entstehen.

Bürgerinnen und Bürger treten überwiegend als Nutzer von Verwaltungsdienstleistungen in Erscheinung. Es ist ein wichtiges Anliegen, den einfachen und schnellen Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen für diese Zielgruppe weiter zu optimieren.

Der Kommunalbereich ist als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger ein besonders wichtiger Partner der Landesverwaltung bei der Gestaltung von E-Government-Angeboten. Darüber hinaus ermöglicht die elektronische Abwicklung von Verfahren zwischen Kommunen und Landesverwaltung große Synergieeffekte.

Den *Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung* kommt im Bereich E-Government eine besondere Bedeutung zu, weil sie E-Government-Anwendungen sowohl nutzen als auch initiieren und gestalten. Mit ihrer Fachkompetenz und ihren umfassenden Kenntnissen über Verwaltungsprozesse ist die weitere Effizienzsteigerung bei der Aufgabenerledigung durch Nutzung von E-Government möglich.

3. Rahmenbedingungen des Aktionsplans 2009

Bei der Umsetzung des Aktionsplans 2009 müssen verschiedene Rahmenbedingungen beachtet werden. Insbesondere ökonomische, rechtliche und gesellschaftliche Faktoren, die sich teilweise wechselseitig beeinflussen können, sind zu berücksichtigen. Weiterhin ist zu beachten, dass Rahmenbedingungen und Einflussgrößen einem stetigen Änderungsprozess unterliegen und ggf. Anpassungen des Aktionsplans 2009 erfordern.

Hinzu kommen die Kooperationen mit anderen Verwaltungen, aus denen sich Erfordernisse für die Planungen der Landesverwaltung ergeben können. So wurden bei der Aufstellung des Aktionsplans 2009 auch *E-Government-Entwicklungen auf EU- und Bundesebene* berücksichtigt.

Der EU-Aktionsplan¹ weist fünf Schwerpunktaufgaben aus, die von Seiten der EU bis 2010 vordringlich angegangen werden sollen. So gilt es, den erforderlichen Technologiezugang für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen und über den Einsatz der Informationstechnik den Verwaltungsaufwand wesentlich zu verringern. Zudem wird angestrebt, dass die elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge generell ermöglicht werden soll. Hinzu kommen die Einrichtung sicherer Systeme für die gegenseitige Anerkennung nationaler elektronischer Identitäten für die Internet-Auftritte und Dienste der öffentlichen Verwaltung sowie eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der demokratischen Entscheidungsprozesse. Der Aktionsplan 2009 steht im Einklang mit den Zielsetzungen der EU-Kommission und unterstützt die damit verbundene Entwicklung in vielerlei Hinsicht.

Große Bedeutung für die Weiterentwicklung des E-Government in NRW behält das Engagement des Landes in der verwaltungsebenenübergreifenden Initiative Deutschland-Online.

Zu den prioritären Vorhaben des Aktionsplans Deutschland-Online, der am 22. Juni 2006 beschlossen wurde, zählt der Aufbau eines integrierten sicheren Kommunikationsnetzes für die deutsche Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden. Für den Datenaustausch und die Abwicklung elektronischer Geschäftsprozesse werden in einem weiteren Projekt Standards definiert, die einen reibungslosen Datenaustausch gewährleisten.

In den Bereichen Kraftfahrzeugwesen, Person standswesen und Meldewesen – drei Verwaltungsbe reiche, die durch große Fallzahlen und direkten Kundenkontakt gekennzeichnet sind – sollen zudem die Verwaltungsabläufe unter Nutzung der Möglichkeiten elektronischer Verwaltung neu ausgerichtet werden. Das Land NRW bringt sich aktiv in diese und weitere laufende Projekte von Deutschland-Online ein. In einigen Projekten hat NRW die Federführung übernommen.

Maßgebend für die Gestaltung von E-Government-Angeboten sind auch *gesellschaftliche Gesichtspunkte*. Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gemeinschaft erfordert eine barrierefreie Gestaltung der Internetangebote als immer bedeutsamer werdende Möglichkeit, Kontakte mit Behörden herzustellen und sich auf diesem Weg zu informieren. Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz² und der Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung NRW³ sind hierfür die rechtlichen Grundlagen geschaffen worden. Sie werden prioritär umgesetzt.

Es ist zu beobachten, dass deutlich weniger Frauen als Männer das Medium Internet nutzen.⁴ Daher ist es erforderlich, die unterschiedlichen Ausgangssituationen (u. a. andere Herangehensweise von Frauen und Männern an neue Technologien) sowie die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern bei der Gestaltung von E-Government-Angeboten zu berücksichtigen (Gender Mainstreaming).

Zudem ist festzustellen, dass sich insbesondere ältere Menschen, die in absehbarer Zukunft einen überproportionalen Bevölkerungsanteil stellen werden, erst seit kurzem intensiver mit neuen Technologien auseinandersetzen. Andererseits können E-Government-Dienstleistungen von Behörden auch Hürden beseitigen, die von bisherigen Anforderungen (z. B. persönliches Erscheinen) geschaffen wurden. Auch viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben häufig nur einen erschwerten Zugang zur Informationstechnik.⁵ Die Verbesserung der Medienkompetenz dieser Bevölkerungsgruppen wird Einfluss auf die Akzeptanz von elektronisch angebotenen Behördendienstleistungen haben. Soweit möglich, sollen E-Government-Dienste im Internet in Abhängigkeit von der Zielgruppe mehrsprachig angeboten werden.

Die Verbesserung der Nutzerorientierung bedeutet allerdings nicht, dass E-Government künftig den einzigen Zugang für Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger zur Verwaltung darstellen darf. In vielen Fällen ist den Bürgerinnen und Bürgern eine Nutzung des Internets nicht möglich oder von diesen nicht erwünscht. Deshalb ist es wichtig, neben der Entwicklung der elektronischen Angebote auch die bestehenden Zugänge zu den Leistungen der Verwaltung (behördliche Dienststelle, Telefon, Briefpost etc.) aufrecht zu erhalten und ggf. zu optimieren.

Aus *ökonomischer Sicht* ist es erforderlich, vor allem solche E-Government-Verfahren zum Einsatz zu bringen, die eine besonders positive Wirtschaftlichkeitsprognose aufweisen. Grundsätzlich bietet E-Government ein großes Potenzial zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit von Verwaltungsverfahren. Jedoch ist im Einzelfall die Wirtschaftlichkeit durch den Aufgabenträger zu prüfen.⁶ Fast ausnahmslos ist die Einrichtung einer zentralen E-Government-Infrastruktur wirtschaftlicher als der Aufbau vieler dezentraler Systeme. In welcher Dimensionierung der Aufbau zentraler Komponenten erfolgt, hängt von den erwarteten und geschätzten Nutzerzahlen ab. Damit der Bedarf verlässlich ermittelt werden kann, sind hinreichend verbindliche Meldungen der Behörden und Einrichtungen erforderlich. Die Auslastung der Komponenten sollte regelmäßig kontrolliert werden.

Grundsätzlich werden die Haushaltsmittel für den Aufbau von Komponenten der E-Government-Infrastruktur zentral bereitgestellt. Gleiches gilt für Pilotprojekte, mit denen die Nutzung der Komponenten erprobt und beispielhaft Lösungen für die Landesver-

waltung entwickelt werden. In diesen Fällen erfolgt eine zentrale Anschubfinanzierung, die in einem angemessenen Zeitraum abgebaut wird. Die Kosten für die Nutzung von Komponenten, die nicht unmittelbar der Kommunikationsinfrastruktur zuzuordnen sind, werden schrittweise auf die Behörden umgelegt.

Die *Rechtsgrundlagen* für Verwaltungsverfahren sind nicht immer auf die Anforderungen einer modernen elektronischen Abwicklung ausgerichtet. Zum einen sind viele Verwaltungsverfahren in einer Zeit entstanden, in denen automatisierte Verfahrensabläufe noch nicht bekannt waren (die Rechtsetzung des Personenstandswesens etwa geht auf das Jahr 1875 zurück). Zum anderen sind die Möglichkeiten der Informationstechnik bislang nicht systematisch in (den Reformprozessen) der Rechtsetzung berücksichtigt worden. Zukünftig ist es wichtig, bei den rechtlichen Grundlagen von Verwaltungsverfahren die Möglichkeit zu schaffen, sie mit Unterstützung von Informationstechnik zu bearbeiten, so weit dies sinnvoll ist. Mit der Verabschiedung des Elektronik-Anpassungsgesetzes wurden die Rechtsgrundlagen für den Einsatz der qualifizierten elektronischen Signatur in der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung geschaffen.⁷

Die Anforderungen von Datenschutz und Datensicherheit sind bei der Entwicklung von E-Government-Diensten weiterhin konsequent zu beachten.

Potenzielle Projekte und Fachverfahren sind bereits im Vorfeld gezielt auf die Notwendigkeit der Anpassung von rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen. Sofern Anpassungen erforderlich sind, sollten diese mit hoher Priorität umgesetzt werden.

.....

¹ Siehe www.eu-kommission.de.

² Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und zur Änderung anderer Gesetze, 11. Dezember 2003.

³ Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz NRW, 24.06.2004.

⁴ Siehe (N)ONLINER Atlas 2006, S. 43; www.nonliner-atlas.de.

⁵ Vgl. Deimann, Andreas/Ottersbach, Markus:
Die Unterrepräsentation von Migranten im IT-Sektor: theoretische

Aspekte und praktische Lösungsstrategien, in: Beiträge des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, Heft 22, 2003, S. 65 – 80.

⁶ § 7 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit IT-Richtlinien NW-RdErl. d. Innenministeriums vom 15. Juli 1996 – V B 2/51-02.01.

⁷ Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung, 6. Juli 2004

4. Kommunalbereich und Wirtschaft als besondere Zielgruppen des Aktionsplans 2009

Von der Erreichung der Ziele des Aktionsplans 2009, insbesondere der Verbesserung der Nutzerorientierung und der Effizienzsteigerung bei der Aufgabenerledigung, sollen die Zielgruppen, also die Wirtschaft, die Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und die interne Verwaltung, gleichermaßen profitieren.

Der Kontakt von Bürgerinnen und Bürgern zur Verwaltung vollzieht sich bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen überwiegend auf kommunaler Ebene. Zudem treten Bürgerinnen und Bürger als Endnutzer von Dienstleistungen in Erscheinung. Deshalb ist es in diesem Zusammenhang wichtig, einen einfachen Zugang zu allen elektronischen Angeboten zu schaffen, unabhängig davon, ob es sich um Aufgaben der Landesverwaltung oder des Kommunalbereichs handelt.

Anders verhält es sich bei den anderen Zielgruppen des Aktionsplans 2009. Dem Kommunalbereich und Teilen der Wirtschaft kommt über die Kundenfunktion hinaus auch eine bedeutende Entwicklungsfunktion im Bereich des E-Government zu. Insoweit ist grundsätzlich eine bedarfsgerechte Abstimmung von Land, Kommunen und Wirtschaft bei der E-Government-Entwicklung erforderlich.

4.1 Kommunalbereich

Der Zusammenarbeit von Landes- und Kommunalverwaltung in NRW kommt eine herausgehobene Bedeutung zu, da der Kommunalbereich die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger bei der Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen darstellt.

Entsprechend der Zielsetzung des Aktionsplans 2009 soll deshalb die Kooperation mit dem Kommunalbereich auf der Grundlage der gemeinsamen Rahmenempfehlung zur Weiterentwicklung des E-Government fortgesetzt und intensiviert werden. Darüber hinaus beabsichtigt die Landesverwaltung, mit konkreten Maßnahmen des Aktionsplans 2009 auf den spezifischen Bedarf des Kommunalbereiches einzugehen.

Für verwaltungsebenenübergreifendes E-Government ist ein abgestimmtes Vorgehen von Land und Kommunen erforderlich. Auch deshalb sind auf Landesseite verschiedene Maßnahmen einer Neustrukturierung der Informationstechnik beschlossen worden,

darunter die Neuordnung der Rechenzentren, die Vorgabe landeseinheitlicher IT-Standards und die Entwicklung einer verbindlichen IT-Landesstrategie. Zur Steuerung des anstehenden Umstrukturierungsprozesses wird die Position eines Chief Information Officers (CIO) eingerichtet.

Auf Seiten des Kommunalbereiches haben sich fast alle IT-Dienstleister in einer gemeinsamen Organisation zur Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister in NRW (AKDN) zusammengeschlossen, um in allen übergreifenden Fragen zur Entwicklung der kommunalen IT-Landschaft enger zusammenzuarbeiten. Die AKDN hat unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände einen Arbeitskreis eingerichtet, der die Organisation der Zusammenarbeit mit dem Land NRW weiter vereinfachen soll.

Die Landesregierung sieht in der Kooperation mit dem Kommunalbereich einen langfristigen, dynamischen Prozess und hat die Zusammenarbeit folgerichtig in verschiedenen Einrichtungen etabliert: Neben dem Kooperationsausschuss E-Government und dem Kooperationsausschuss AIV (Automatisierte Informationsverarbeitung), in dem verwaltungsinterne Verfahren abgestimmt werden, ist das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung (KDV) zu nennen. Das KDV setzt sich in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen insbesondere für das Fortkommen in Fragen der Standardisierung und Prozessorientierung im E-Government ein.

Land und Kommunen in NRW engagieren sich darüber hinaus im Kooperationsausschuss ADV (KoopA ADV), dem der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände angehören. Er ist ein Gremium, in dem gemeinsame Grundsätze des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechniken und wichtige IT-Vorhaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung einvernehmlich abgestimmt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalverwaltung in NRW ist im fachlichen Bereich sehr intensiv. Sie wird durch die Arbeit der Gremien, die sich mit Fragen der IT und des E-Government befassen, vertieft.

Land und Kommunen haben sich auf eine *gemeinsame Rahmenempfehlung* über die Weiterentwicklung des E-Government in Nordrhein-Westfalen verständ-

dig. Gemeinsames Ziel von Land und Kommunen in dieser Hinsicht ist es, die Qualität der elektronischen Dienstleistungen der öffentlichen Hand im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft möglichst schnell und umfassend weiter zu verbessern. Auf technischer, rechtlicher und infrastruktureller Ebene haben sich Land und Kommunen hierbei auf ein Maßnahmenbündel verständigt, von dem viele Komponenten – wie der vollständige Anschluss der Kommunen an das Deutsche Verwaltungsnetz (DVN) – bereits umgesetzt werden konnten. An der Realisierung weiterer Maßnahmen, z. B. der intelligenten Verknüpfung der Portale von Land und Kommunen, wird in entsprechenden Projektgruppen intensiv gearbeitet. Die Festlegung und Nutzung gemeinsamer Standards sowie transaktionsorientierte Komponenten des E-Government werden Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden. Auch werden generelle Fragen der Prozessorganisation im Vordergrund stehen. Für die Mitarbeit im Rahmen von Deutschland-Online sollen gemeinsame Positionen gefunden und vertreten werden.

Auf Grundlage der gemeinsamen Rahmenempfehlung sieht der Kommunalbereich derzeit folgende Umsetzungsschwerpunkte, die in den zuständigen Gremien diskutiert werden sollten:

- : Ausbau des gesicherten Datenaustausches sowohl für den Mailverkehr als auch für die Dateiübermittlung: Wichtige Voraussetzungen hierzu werden im Aktionsplan 2009 durch den vorgesehenen Ausbau der sicheren Netzinfrastruktur und durch kontinuierliche Anpassungen der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen geschaffen (siehe Kapitel 5.4).
- : Einrichtung eines gemeinsamen Zuständigkeitsfinders, wie er in der Unterarbeitsgruppe der AG Portale des KoopA E-Government von Land und Kommunen erörtert wird (siehe Kapitel 5.4).
- : Aufnahme einer prospektiven Folgenabschätzung bezüglich der E-Government-Fähigkeit neuer landesrechtlicher Normen (siehe Kapitel 5.2).

Die intensiven Kontakte auf fachlicher Ebene zwischen Landesressorts und Kommunalbereich haben schon in vielen Fällen Impulse für die Entwicklung von Fachverfahren gegeben. Eine Vielzahl von Fachverfahren der Landesverwaltung für die Zielgruppe Kommunen wird bereits im Dienstleistungsportal für Kommunen angeboten. Im Rahmen des Aktionsplans 2009 wird das Angebot um weitere Verfahren für Kommunen erweitert (siehe auch Kapitel 5.5). Der Informationsaustausch auf fachlicher Ebene soll durch gezielte Erhebungen im Kommunalbereich begleitet werden, um dessen Bedarf an Fachverfahren der Landesverwaltung noch besser zu ermitteln. Die Ergebnisse werden in den dynamisch angelegten Aktionsplan einfließen.

4.2 Wirtschaft

Nutzenorientiertes E-Government zwischen der Wirtschaft und der Landesverwaltung kann nur in enger Abstimmung entwickelt und praktiziert werden. Entsprechende Anforderungen der Wirtschaft an die Verwaltung haben der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) in einer gemeinsamen Erklärung des Jahres 2005 zusammengefasst.⁸ Die Wirtschaft weist darauf hin, dass zur umfassenden Identifikation und Ausschöpfung von E-Government-Potenzialen zukünftig sehr viel stärker prozessorientiertes Denken erforderlich sein wird.

Wirtschaft und Landesverwaltung sind bestrebt, das Zusammenwirken beider Seiten auch mit Hilfe von E-Government stetig zu verbessern. Die Auswertung diesbezüglicher Studien und Erfahrungsberichte verdeutlicht das große Interesse der Unternehmen an interaktiven E-Government-Prozessen.⁹ Diese sollten projektbezogen in möglichst enger Abstimmung mit der Wirtschaft eingeführt und evaluiert werden.

⁸ *Erwartungen der Unternehmen an MEDIA@Komm-Transfer, Gemeinsame Erklärung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und des Deutschen Handwerkskammertages (DHKT), 2005.*

⁹ *Siehe u. a. die Studie „Standortfaktor Verwaltung“, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, 2003.*

Mit der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW wird in dieser Hinsicht ein intensiver Informationsaustausch angestrebt. Eine Einbeziehung anderer Institutionen der Wirtschaft in die Zusammenarbeit ist wünschenswert.

Über eine einheitliche E-Government-Strategie des Landes NRW, verlässliche Standardisierungsmaßnahmen, einen flächendeckenden Einsatz von Online-Angeboten sowie über eine Steigerung des Bekanntheitsgrades der E-Government-Verfahren durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit können die Interessen von Wirtschaft und Verwaltung besser in Einklang gebracht werden.¹⁰

Vordringliche Aufgaben für die Entwicklung von E-Government-Diensten auf Landesebene werden in den Bereichen Elektronisches Finanzamt, E-Procurement, Abwicklung von Informationsauflagen und Wirtschaftsförderung gesehen. Es wird besonderer Wert auf technisch sichere Lösungen und effiziente Bezahllwege gelegt.¹¹ In NRW steht diesen Anregungen bereits ein großes Angebot ausgereifter Lösungen gegenüber, das u. a. durch den Ausbau der IT-Infrastruktur noch erweitert wird (siehe Kap. 5.4).

Bei der Erstellung des Aktionsplans 2009 sind verschiedene Veranstaltungen mit Einrichtungen aus dem Wirtschaftsbereich durchgeführt worden. Hierzu zählten Gespräche und Workshops mit dem Präsidium des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), der Handwerkskammer Düsseldorf, der Geschäftsführung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW, der IHK zu Köln sowie zahlreichen Unternehmensvertretern. Die Veranstaltungsergebnisse bestätigen, dass E-Government aus Sicht der Unternehmen durch signifikante Kosten- bzw. Zeitvorteile, eine bedarfsgerechte, d. h. die Wertschöpfungsketten der Wirtschaft berücksichtigende Anwendungsentwicklung und höchste technische wie rechtliche Sicherheit gekennzeichnet sein muss. Zur Umsetzung dieser Anforderungen ist es u. a. erforderlich, die strategischen Ansätze des Landes im Bereich E-Government und der Wirtschaft im Bereich E-Business systematisch in Beziehung zu setzen.

Darauf aufbauend erfolgt ein Auswahlprozess von Diensten, die für Verwaltung und Wirtschaft einen möglichst großen Mehrwert bieten. Grundsätzlich sind in dieser Hinsicht branchenabhängige Dienste (z. B. Genehmigung von Schwerlasttransporten) von branchenunabhängigen Diensten (z. B. elektronische Vergaben, Umsatzsteueranmeldungen) zu unterscheiden. Verschiedenen Erhebungen zufolge ist das Angebot an branchenunabhängigen Diensten gegenwärtig von besonderem Stellenwert für die Wirtschaft, weil zu erwarten ist, dass durch ihre Umsetzung größere gesamtwirtschaftliche Effekte erzielt werden können. Daher haben branchenunabhängige Dienste auch im Aktionsplan 2009 einen besonderen Stellenwert.

Ein gezieltes Marketing, aber auch verschiedene Anreize für Unternehmen können dazu beitragen, dass diese das elektronische Angebot von Verwaltungsverfahren verstärkt nutzen. Das können kürzere Bearbeitungszeiten aber auch finanzielle Anreize sein (siehe hierzu Kap. 5.3 „Maßnahmen für erfolgreiches E-Government“).

Im Ergebnis hat die Auswertung der verschiedenen Informationsquellen ergeben, dass folgende konkrete Projektansätze für E-Government-Verfahren zwischen Land und Wirtschaft besonders attraktiv erscheinen:

- : Realisierung eines gemeinsamen Zuständigkeitsfinders der verschiedenen Verwaltungsebenen in Deutschland: Ein solches Instrument ist für die Wirtschaft unerlässlich, damit die Suche nach der zuständigen Verwaltungsstelle verkürzt werden kann. Aus Unternehmenssicht sollte ein entsprechender Zuständigkeitsfinder auch dazu dienen, das große Angebot an E-Government-Diensten bekannt zu machen.
- : Realisierung und konsequente Nutzung einer einheitlichen Vergabeplattform: Die elektronische Auftragsvergabe ist für die Wirtschaft vor allem deshalb von großem Interesse, weil sich die Beteiligung an elektronischen Ausschreibungen auch finanziell bezahlt macht. Modellrechnungen des

ZDH zeigen, dass Betriebe damit schätzungsweise 10% entsprechender Kosten einsparen können.¹² Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von dem erheblich vereinfachten Zugang zu Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber.

- : Bedarfsgerechter Ausbau der Sicherheitsinfrastruktur für E-Government-Verfahren: Behördengänge und Geschäftstransaktionen im Internet müssen vertrauenswürdig und sicher abgewickelt werden. Signatur- und Verschlüsselungsverfahren gewährleisten die Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit der Kommunikation. Die von der Verwaltung angebotenen Verfahren können dazu beitragen, die Verbreitung von Signaturkarten zu fördern.

.....

¹⁰ Siehe Empfehlungen des KoopA ADV veröffentlicht als KGSt-Bericht 1 / 2006, „Erfolgsfaktoren für E-Government-Lösungen: Nutzungsanreize, Marketing und mehr“, KGSt, Köln, 2006, S. 66 ff.

¹¹ Siehe ebd., S. 67 f.

¹² Siehe Zentralverband des Deutschen Handwerks, „E-Government: Anforderungen der Wirtschaft“, veröffentlichte Rede des ZDH-Präsidenten, Otto Kentzler, im Rahmen des Verbandskongresses BundOnline 2005 am 24.01.2005, Berlin, S. 4.

5. Handlungsfelder des Aktionsplans 2009

5.1 Orientierung an Geschäftsprozessen

Die Rolle der Informationstechnik wird bei der strukturellen Entwicklung der öffentlichen Verwaltung immer bedeutsamer, da sie einen Anstoß zur Neugestaltung von Geschäftsprozessen geben kann. Die Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnik bieten die Chance, Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe der öffentlichen Verwaltung zu verändern, und sie damit leistungsfähiger, wirtschaftlicher und für die Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen.

Das wesentliche Optimierungspotenzial des E-Government liegt dabei in der tatsächlichen Neugestaltung der Geschäftsprozesse unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten. Grundlage hierfür sind Geschäftsprozessanalysen, die zu entsprechenden Verbesserungen derjenigen Geschäftsprozesse führen können, die elektronisch umgesetzt werden sollen. Eine systematische Analyse solcher Geschäftsprozesse ist erforderlich, um zu erkennen, ob die Zahl der in ein Verwaltungsverfahren eingebundenen Akteure angemessen und ihre Einbindung hinreichend effizient ist. Bestehende Verfahren können z.B. durch Abbau von Schnittstellen verschlankt werden, was durch die Bereitstellung eines elektronischen Dienstes alleine nicht erreicht werden kann. Die Einbeziehung der Fachkenntnis der Beschäftigten der Verwaltung ist unabdingbar, um solche Optimierungsansätze zu identifizieren und zu bewerten.

Der Aufwand für die Verwaltung wird durch die Entwicklung von Musterprozessen verringert, da Vorgehensweisen nur angepasst, nicht aber von Grund auf neu konzipiert werden müssen. E-Government-Dienste können auf dieser Basis auch sehr viel stärker modular gestaltet werden. Hierdurch kann Doppelarbeit an gleichen bzw. ähnlichen Dienstleistungen vermieden und den Kunden in diesen Fällen ein einheitlicheres Erscheinungsbild vermittelt werden.

Wird ein bereits geprüfter Geschäftsprozess als Basis für ein Verfahren verwendet, kann sich eine Prüfung dieses Verfahrens häufig auf die geänderten Elemente beschränken. In diesem Sinne konnte die Behördenauskunft des Landes NRW als Weiterentwicklung der gebündelten einfachen Melderegisterauskunft bereits in kurzer Zeit umgesetzt werden.

Die Berücksichtigung von organisationsübergreifenden Potenzialen ist erst durch eine übergreifende Betrachtung der Sachverhalte, wie sie im Rahmen von Geschäftsprozessanalysen vorzunehmen ist, möglich. Verfahren unterschiedlicher Verwaltungseinrichtungen können elektronisch verknüpft, integriert und sogar in wesentlichen Teilen verlagert werden.

5.2 Verbesserung des Zusammenwirkens von Gesetzesfolgenabschätzung und E-Government

Die Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) leistet einen wichtigen Beitrag zur Reform der Staatstätigkeit und zur Verwaltungsmodernisierung. Als Verfahren zur Rechtsoptimierung trägt sie zur Verminderung der Regelungsmenge und damit zum Bürokratieabbau bei.¹³ Der Wirkungsgrad der Gesetzesfolgenabschätzung für den Bürokratieabbau kann jedoch noch erhöht werden, wenn die Belange der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren hierbei frühzeitig berücksichtigt werden.

Daher soll geprüft werden, ob und ggf. in welcher Weise das Kriterium „E-Government-Verträglichkeit“ im Sinne einer prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung Berücksichtigung finden kann.

Zur Veranschaulichung der Notwendigkeit einer derartigen Prüfung sei beispielgebend die elektronische Beantragung von Einsichtsrechten in Planunterlagen angeführt. Wenngleich es sich hierbei um einen vermeintlich einfach zu digitalisierenden Prozess handelt, kann die Umsetzung ggf. daran scheitern, dass sich die Nachweisprüfung eines zur Einsicht berechtigenden Interesses elektronisch – wenn überhaupt – nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand durchführen lässt. Derartige Problembereiche des E-Government sind im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung bisher nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt worden.

5.3 Maßnahmen für erfolgreiches E-Government

E-Government-Dienste können nur dann erfolgreich sein, wenn ein ganzes Bündel von Einflussparametern in Entwicklung und operativem Betrieb berücksichtigt wird. Die technische Realisierung gehört in gleicher Weise dazu, wie Aspekte der Geschäftsprozessreorganisation und des Marketings.¹⁴

Nach Überzeugung der Landesregierung NRW sind insbesondere folgende Faktoren bei der Weiterentwicklung von E-Government in NRW bedeutsam:

- : Der Anwendungsbereich für formfreie elektronische Kommunikation sollte ausgedehnt werden. Nicht mehr erforderliche gesetzliche Schriftformanforderungen sollten aufgehoben werden.
- : In diesem Kontext empfiehlt es sich, Verwaltungsverfahren dahingehend zu prüfen, ob auf etwaige Mitwirkungspflichten Dritter verzichtet werden kann, um eine Vereinfachung bzw. Beschleunigung der Verfahrensabwicklung zu erwirken.
- : Ebenso könnte der Teilverzicht auf Unterlagen und Belege, die in Verwaltungsverfahren üblicherweise vorzulegen sind, den Abwicklungsprozess begünstigen. Voraussetzung für den Verzicht ist natürlich, dass es in dieser Hinsicht nicht zu Qualitätseinbußen bei entscheidenden Behördenentscheidungen kommt.
- : Unter Beachtung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung sollte öffentlichen Stellen und berechtigten nicht öffentlichen Stellen vermehrt ermöglicht werden, auf bereits an anderer Stelle elektronisch vorgehaltene Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zuzugreifen.
- : Ohne die Möglichkeit und den Mehrwert des persönlichen Kontaktes zwischen Kunden und den Mitarbeitern der Verwaltung einschränken zu wollen, sollte geprüft werden, ob die elektronische

Kommunikation eine Alternative zum persönlichen Erscheinen bei der Behörde darstellen kann.

- : Im Einzelfall ist zu prüfen, ob finanzielle Anreize, etwa im Bereich des Gebührenrechts, einen Beitrag zur intensiveren Nutzung von E-Government-Anwendungen leisten können.
- : Schließlich sollte das Thema E-Government auch im Aus- und Fortbildungsbereich größeres Gewicht erhalten und nach Möglichkeit sogar als eigenständiger Ausbildungsgegenstand in entsprechende Vorschriften eingebracht werden.

Die genannten Maßnahmen sind nach Auffassung der Landesregierung NRW in besonderem Maße geeignet, die Akzeptanz von E-Government-Verfahren bei Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung zu erhöhen.

5.4 Ausbau der E-Government-Infrastruktur

Die bisher aufgebaute E-Government-Infrastruktur unterstützt die Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung dabei, Verfahren vollelektronisch und medienbruchfrei abzuwickeln. Alle Komponenten werden in Produktiv- oder Pilotverfahren eingesetzt. Im Rahmen des Aktionsplans 2009 soll die Nutzung der Komponenten in den Verfahren der Landesverwaltung intensiviert werden und ein zielgerichteter Ausbau dieser Infrastruktur erfolgen, um auch neuartige Anforderungen erfüllen zu können.

Die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz dieser E-Government-Infrastruktur kann weiter gesteigert werden, wenn im Zuge der Nutzung von Komponenten in Verfahren so weit wie möglich wieder verwendbare *Module* entwickelt werden, die ohne wesentliche Veränderungen auch in anderen Verfahren eingesetzt werden können. Die Übertragbarkeit von Lösungen sorgt für Kostensenkung bei der Entwicklung und kürzere Umsetzungszeiträume.

¹³ So in „Moderner Staat – Moderne Verwaltung: Leitfaden zur Gesetzesfolgenabschätzung“, Hrsg. Bundesministerium des Innern, Berlin, Juli 2000, S. 5 ff.

¹⁴ Siehe Empfehlungen des KoopA ADV veröffentlicht als KGSt-Bericht 1/2006, „Erfolgsfaktoren für E-Government-Lösungen: Nutzungsanreize, Marketing und mehr“, KGSt, Köln, 2006.

Eines der Ziele des Aktionsplans 2009 ist die verstärkte Nutzung der Informationstechnik für *interne Aufgaben* der Landesverwaltung, wobei gleiche Technologien und Lösungen wie bei den E-Government-Verfahren im Internet eingesetzt werden sollen.

Nicht wenige der Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung bieten Waren oder digitale Produkte zum Verkauf an. Im Rahmen des Aktionsplans 2009 soll ein *Online-Shop* bereitgestellt werden, der eine vollständige Abwicklung eines Geschäftsvorganges über das Internet ermöglicht. Hiervon profitieren sowohl die Kunden der Verwaltung in Form von schnelleren und übersichtlicheren Bestellmöglichkeiten als auch die Verwaltung selbst durch eine Automatisierung des Bestellvorgangs.

Wesentliche Elemente des Shops stellen dabei die Warenkorbfunktionalität und die Visualisierung der angebotenen Produkte dar. Der Online-Shop soll eine Anbindung zu anderen E-Government-Komponenten, insbesondere der Bezahlungsfunktion der Landesverwaltung, erhalten.

Die Bereitstellung von Verfahren im Internet verlangt eine kontinuierliche Weiterentwicklung der bereits umgesetzten umfangreichen *Sicherheitsmaßnahmen*. Das Auftreten ständig veränderter und neuer Bedrohungen im Internet erfordert einen wirksamen Schutz der Web-Server-Infrastruktur und der hierauf laufenden elektronischen Dienstleistungen vor Schadsoftware und Manipulationen. Mit zunehmender Bedeutung der Online-Verfahren ist es zudem erforderlich, dem Ausfall einzelner Komponenten vorzubeugen und redundante Strukturen aufzubauen, um Ausfallzeiten der Angebote zu minimieren.

Im Rahmen des Aktionsplans 2009 soll die Kommunikationsinfrastruktur hinsichtlich der Möglichkeiten neuer Techniken weiter ausgebaut werden.

Der Begriff *IP-Telefonie (Voice over IP)* bezeichnet das Telefonieren über ein Computernetzwerk unter Verwendung von Internet-Standards. Es ist zu erwarten, dass die Einführung von Voice over IP als neue Technik für die Sprachkommunikation den Weg zu weiteren Kosteneinsparungen in der Landesverwaltung ebnen kann, zumindest dann, wenn ein flächendeckender Einsatz der Technik erfolgt. Mit der Einführung von Voice over IP ist es möglich, die Com-

puternetzwerke in den Behörden für die Übertragung von Daten und Sprache zu nutzen sowie eine weitgehende Integration von Sprach- und Datendiensten vorzunehmen.¹⁵ Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung eines getrennten Telefonnetzes entfallen mit der Einführung dieser Technologie weitestgehend.

Weiterhin erlaubt die Verknüpfung mit der Informationstechnik eine erheblich verbesserte Unterstützung der Telefonzentralen und Call Center, der Bürokommunikation und des Aufbaus von neuartigen sprachgesteuerten Diensten. Die Einführung von Voice over IP dient somit der Verbesserung der Kommunikation, sowohl innerhalb der Landesverwaltung als auch beim Kontakt zu den Kunden der Landesverwaltung. Die Nutzung von Voice over IP stellt hohe Anforderungen an die Computernetze. Die Übertragung von Daten in Echtzeit erfordert eine Aufrüstung der bestehenden Netzinfrastruktur derart, dass Sprachdaten priorisiert übermittelt werden können und die Funktionsfähigkeit sichergestellt wird. Eine wesentliche Rolle kommt dabei dem Landesverwaltungsnetz als dem Kernnetz der Landesverwaltung zu. Im Rahmen des Aktionsplans 2009 soll eine Aufrüstung des Landesverwaltungsnetzes erfolgen mit dem Zweck, möglichst vielen Behörden und Einrichtungen die Nutzung der Voice over IP-Technologie über das Landesverwaltungsnetz zu ermöglichen.

Dabei kann in der Landesverwaltung auf Erfahrungen in Pilotverfahren der Rechenzentren zurückgegriffen werden. Die vom Kabinett beschlossene Zusammenlegung der Rechenzentren der Landesverwaltung bietet die Möglichkeit, bereits vorhandenes Wissen zu bündeln und die Einführung dieser neuen Technologie zu beschleunigen.

Verwaltungen sind in besonderem Maße davon abhängig, dass bei der Übermittlung von Daten Vertraulichkeit und Unversehrtheit gewahrt sowie die Identitäten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unverfälscht bleiben. Gleichzeitig muss eine Netzinfrastruktur auch in Krisenzeiten zur Verfügung stehen und hinreichend stabil gegen äußere Störungen sein. Das Landesverwaltungsnetz wird diesen Anforderungen für die zwischenbehördliche Kommunikation in der Landesverwaltung gerecht. Im Rahmen der intensivierten Kooperation mit anderen Verwaltungsebenen ist es erforderlich, denjenigen Teil der *Netzinfrastruktur*, über den die Kommunikation mit ande-

ren Verwaltungen erfolgt, auszubauen. Das Deutsche Verwaltungsnetz, in dessen Rahmen über das TESTA¹⁶-Netz eine Zusammenschaltung bestehender oder noch aufzubauender Verwaltungsnetze erfolgt, bietet entsprechende Sicherheit bei der verwaltungsebenen-übergreifenden Kommunikation zwischen den deutschen Verwaltungen. Es wird erforderlich sein, die Bandbreite des TESTA-Übergangs der Landesverwaltung an die wachsenden Datenströme zwischen den Verwaltungen anzupassen. Der Ausbau dieses Teils der Netzinfrastruktur steht in Zusammenhang mit dem Deutschland-Online-Vorhaben zur Kommunikationsinfrastruktur der deutschen Verwaltung.

In der von den kommunalen Spitzenverbänden Nordrhein-Westfalens und der Landesregierung beschlossenen Rahmenempfehlung wurde vereinbart, das Dienstleistungsportal des Landes und die kommunalen Portale künftig derart miteinander zu verknüpfen, dass die Angebote beider Verwaltungsebenen berücksichtigt werden können. Durch den Aufbau und die Integration eines *Zuständigkeitsfinders* soll eine Weitervermittlung an die sachlich und örtlich zuständige Behörde erfolgen. Land und Kommunalbereich arbeiten an einer gemeinsamen Lösung, die an den bundesweiten Zuständigkeitsfinder angebunden werden soll. Auf den Webseiten der Verwaltungen werden so übergreifend konsistente Such- und Navigationsmechanismen geschaffen.

Der Ausbau der E-Government-Infrastruktur weist eine enge Verbindung zu der *IT-Strategie* der Landesverwaltung auf, die im Zuge des Kabinettsbeschlusses vom 27. Juni 2006 zur Neuorganisation der Informationstechnik in der Landesverwaltung neu ausgearbeitet wird. Dabei gilt es, die Standardisierung in E-Government-Verfahren zu erhöhen und die E-Government-Infrastrukturkomponenten in die IT-Architektur der Landesverwaltung einzugliedern. Gegebenenfalls sind hierfür Modifikationen der Komponenten erforderlich. Nähere Aussagen hierzu können aber erst nach der Benennung eines Chief Information Officer für die Landesverwaltung und der Festlegung der Strategie erfolgen.

5.5 Projekte und Fachverfahren des Aktionsplans 2009

Zentraler Bestandteil des Aktionsplans sind weit über 50 Projekte und Fachverfahren der Landesressorts. Diese ermöglichen über eine reine Information hinaus die Kommunikation und Transaktionen mit den Nutzerinnen und Nutzern.

Der Aktionsplan 2009 erstreckt sich auf Vorhaben verschiedener Typen von Projekten und Verwaltungsverfahren. Neben Antragstellungen, Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren werden auch Projekte zum Informations- und Wissensmanagement sowie Kommunikationsplattformen ganz oder in Teilen durch E-Government-Dienstleistungen realisiert.

Die Umsetzung der im Aktionsplan 2009 definierten Projekte und Fachverfahren der Ressorts muss von den Behörden und Einrichtungen des Landes im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanziert werden. Die Realisierung der geplanten Maßnahmen des Aktionsplans 2009 erfolgt insoweit nach Maßgabe des Haushalts. Angesichts der schwierigen Haushaltslage sollen die vorgesehenen Mittel durch eine stärkere Kooperation, durch sachgerechte Kostenteilung und durch die Übernahme und Anpassung bestehender Lösungen so effizient wie möglich verwendet werden.

Die Projekte und Fachverfahren der Ressorts sind im Folgenden unter Berücksichtigung des aktuellen Sachstandes dargestellt. Die Projektinformationen werden im Rahmen des Aktionsplans 2009 regelmäßig fortgeschrieben. Darüber hinaus wird der Aktionsplan der dynamischen Entwicklung des E-Government in NRW Rechnung tragen, indem neue Aktivitäten und Vorhaben während der Projektlaufzeit aufgenommen werden können.

¹⁵ *Computer Telephone Integration (CTI).*

¹⁶ *Trans-European Services for Telematics between Administrations (TESTA).*

5.5.1 Projekte des Ministerpräsidenten

Langzeitarchivierung elektronischer Unterlagen

Das Vorhaben des Landesarchivs NRW umfasst Konzeption, Aufbau und Betrieb eines IT- Systems zur Langzeitarchivierung elektronischer Unterlagen, die zunehmend von Behörden den Archiven zur Übernahme angeboten werden.

Retrokonversion archivischer Findmittel

Im Rahmen dieses Projekts des Landesarchivs NRW werden analog vorliegende archivische Findmittel digitalisiert und online verfügbar gemacht.

5.5.2 Projekte des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ubiquitäre Kommunikation in Projekten des MIWFT

Mit Ubikomp nutzen verschiedene Arbeits- und Interessengruppen eine IT-Kommunikationsplattform für die Kooperation in Vorhaben des MIWFT. Ubikomp bietet u. a. einfaches gemeinsames Arbeiten an Dokumenten, gemeinsame Kalender und Benachrichtigungsfunktionen von jedem Ort und zu jeder Zeit. Die Plattform wurde im Kontext des Studienkontenfinanzierungsgesetzes und zur Information beurlaubter Mitarbeiter bereits erprobt.

5.5.3 Projekte des Finanzministeriums

Elster-Steuerkontoabfrage

Im Rahmen des ELSTER-Projektes wird es Steuerpflichtigen ermöglicht, über das Internet Einsicht in ihre Erhebungskonten zu nehmen.

Elektronischer Beihilfeantrag

Den Beschäftigten der Landesverwaltung wird es ermöglicht, über das Intranet bzw. Internet ihre Beihilfeanträge elektronisch zu stellen. Der Dienst stellt die Integration in das bestehende Abrechnungsverfahren „Beihilfe NRW“ sicher.

Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte

Der Dienst ermöglicht die elektronische Übermittlung der Informationen bezüglich der über eRezepte ausgegebenen Arzneimittel an die Beihilfestellen.

Automatisierte Beihilfefestsetzung

Der Dienst nimmt eine automatisierte Festsetzung der Beihilfe vor. Dabei werden Stammdaten aus dem LBV-Bezügeverfahren übermittelt.

EPOS.NRW

Im Rahmen des Projektes EPOS.NRW wird ein neues Haushalts- und Rechnungswesen auf Basis eines Systems der integrierten Verbundrechnung (IVR) eingeführt. In der IVR wird der Ressourcenverbrauch in einem doppelten Buchführungssystem erfasst und an die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Finanzrechnung gegeben. Diese Daten sind Ausgangspunkt für die Aufstellung eines Produkthaushaltes.

ElsterOnline-Portal

Das ElsterOnline-Portal ermöglicht es allen Steuerbürgern, beispielsweise die Umsatzsteuer-Voranmeldung, die Dauerfristverlängerung, die Zusammenfassende Meldung und die Lohnsteuer-Anmeldung online im Internet auszufüllen und authentifiziert an die Finanzverwaltung abzusenden.

Vollelektronische Lohnsteuerkarte

Zur Weiterführung der Modernisierung des Lohnsteuerabzugsverfahrens über ElsterLohn I hinaus wird die papierene LSt-Karte vollständig durch elektronische Medien ersetzt.

eVergabe NRW

Vergabeverfahren können nach Einführung des Systems bei allen Dienststellen der Landesverwaltung elektronisch durchgeführt werden. eVergabe NRW

ermöglicht die Anbindung kommunaler Vergabestellen. Die Verfahrensabläufe werden für Landesdienststellen durch Einführung geeigneter Workflow-Systeme optimiert.

5.5.4 Projekte des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Expertenpool Außenwirtschaft

Im Rahmen des Projekts Expertenpool Außenwirtschaft wird eine qualitätsgeprüfte Wissensdatenbank der Außenwirtschaft erstellt, die permanent à jour gehalten wird und auf die Exporteure jederzeit online zugreifen können. Die Datenbank wird aufgebaut und gepflegt, indem die vielen und komplexen Anfragen der Exporteure aus NRW zu außenwirtschaftlichen Themen via Internet von Experten (IHK, HWK, Außenhandelsverband, Außenhandelsgesellschaft, Hochschulen, Institute etc.) per Mail kurzfristig beantwortet und diese Rechercheergebnisse in die Wissensdatenbank Außenwirtschaft aufgenommen und turnusmäßig auf Inhalt und Qualität überprüft werden.

Virtueller Marktplatz der Außenwirtschaft

Inhalt des Vorhabens ist der Aufbau einer standardisierten und strukturierten Datenbank von Produkten und Dienstleistungsangeboten nordrhein-westfälischer Unternehmen für die Außenwirtschaft. Dienstleistungen für die Exportaktivitäten von NRW-Unternehmen können jederzeit elektronisch abgefragt werden (z. B. Außenwirtschaftsberatung, Länderscouts, Interkulturelle Kommunikation, Sprachkurse, etc.).

Business Matchmaking NRW

Im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen NRW und Drittstaaten kommt es immer wieder vor, dass ausländische Firmen nach Produkten und Dienstleistungen suchen, die in NRW hergestellt werden bzw. zu erhalten sind. Durch eine Zusammenführung von verschiedenen Datenbanken von Produzenten und Dienstleistern aus NRW soll ein Anlaufpunkt für alle internationalen Interessierten geschaffen werden, um geeignete Geschäftskontakte mit exportorientierten Unternehmen aus NRW zu vermitteln.

Startercenter NRW

Zielsetzung des Vorhabens ist die Beschleunigung des administrativen Teils von Gründungen. Bei den STARTERCENTERN NRW sollen Formularcenter eingerichtet werden. Hier sollen an einem Ort eine Vielzahl von gründungsrelevanten Anmelde- bzw. Meldevorgängen vom Existenzgründer schnell erledigt werden können.

Atomrechtliche Zuverlässigkeitsprüfung

Mit den Erklärungsbögen zur Zuverlässigkeitsprüfung nach § 12b Atomgesetz (AtG) in Verbindung mit der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung werden Mitarbeiter auf ihre Zuverlässigkeit bei Arbeiten in kerntechnischen Anlagen oder beim Transport radioaktiver Stoffe von der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde überprüft. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Landes- und Bundespolizeibehörden, den Landesverfassungsschutzbehörden beim Generalbundesanwalt – Dienststelle Bundeszentralregister – und im Einzelfall den Strafverfolgungsbehörden beim Verkehrszentralregister sowie beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Durch eine elektronische Unterstützung der Verfahrensabwicklung sollen die Vorgänge für Verwaltung und Unternehmen effizienter abgewickelt werden.

FIS Gefährdungspotenziale des Untergrundes

Altbergbaubedingte und andere anthropogen bedingte oder geogene Untergrundverhältnisse führen zu Gefahren und Schäden in Höhe von mehreren Millionen Euro pro Jahr, die durch eine frühzeitige Berücksichtigung dieser Gefährdungspotenziale durch Genehmigungsbehörden, Bauherren und mit der Planung der Oberflächennutzung befasste Stellen oftmals hätten vermindert bzw. vermieden werden können. Über das webbasierte Fachinformationssystem (FIS) sollen allen Beteiligten – gestuft nach Zugangsberechtigung in konkreter oder generalisierter Darstellung – Erstinformationen über diese Gefährdungspotenziale sofort und mit hohem Aktualitätsgrad bereitgestellt und entsprechende Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den Gefährdungspotenzialen gegeben werden.

Beteiligung Online

Das Projekt hat die elektronische Unterstützung der Beteiligung von Kommunen und Behörden sowie der Bevölkerung bei der Novellierung des Landesentwicklungsprogramms und -planes zum Ziel. Es können von unterschiedlichsten Stellen Einwände gegen oder Stellungnahmen für die Novellierung vorgebracht werden.

5.5.5 Projekte des Innenministeriums

Onlineanzeige für „Großkunden“

„Großkunden“ wie Warenhäusern, Verkehrsbetrieben und anderen registrierten Nutzern soll es ermöglicht werden, über das Internet Strafanzeigen zu erstatten, die direkt in die polizeiliche Vorgangsbearbeitung einfließen.

ePayment

Im Projekt wird eine ePayment-Komponente entwickelt, die in sämtliche Landes-Portale eingebunden werden kann und mit der offene Rechnungen online vom Portalnutzer gezahlt werden können.

Geobasisdatenportal

Das Landesvermessungsamt vertrieb bislang analoge und digitale Geobasisdaten wie Topographische Karten, Wander- oder Tourismuskarten, Orthophotos, usw. per Post an andere Verwaltungseinheiten, Wiederverkäufer oder den Buchhandel nach Bestellung per Telefon, eMail oder Fax. Der Vertrieb wird im Rahmen des Vorhabens an die technischen Möglichkeiten angepasst, so dass die Übermittlung an den Kunden über ein Internetportal (Bezug der digitalen Daten per Download) ermöglicht wird.

Internet Datenerhebung im Verbund

IDEV ist ein Gemeinschaftsprojekt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Das IDEV-System ermöglicht die werkzeuggestützte Entwicklung

von Web-Formularen und das Management von Online-Erhebungen für die Amtliche Statistik.

eAkademie

Die Fortbildungsakademie des Innenministeriums erweitert ihr Angebot um ein virtuelles, bedarfsgerecht und komfortabel nutzbares Lern- und Wissensangebot. Mit zahlreichen neuen Servicedienstleistungen soll sich langfristig eine eAkademie etablieren. Zu den aktuellen Leistungen zählen:

- : Online-Buchung,
- : Persönlicher virtueller Seminarordner,
- : Lernprogramme,
- : Lernplattform.

5.5.6 Projekte des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anträge Online NRW / AntON

Im Rahmen dieses Dienstes werden Anträge, Anzeigen und Verwaltungsvorgänge medienbruchfrei abgewickelt. AntON ermöglicht es, Verwaltungsvorgänge anteilig bis vollständig webbasiert abzuwickeln. Damit können Bürger und Wirtschaft auf komfortablem Weg Anträge und Anzeigen via Internet stellen. Alle Vorgänge werden im Verwaltungs-Backoffice über einen webbasierten Workflow gesteuert. Durch Nutzung von Scan-Stationen und Archivmodul kann sukzessive Papier als Informationsträger weitgehend entfallen.

Kompetenznetze NRW / KomNet

KomNet umfasst Strategien, Methoden und Technik für ein webbasiertes und ressortübergreifendes integriertes Service- und Wissensmanagement. KomNet ermöglicht es, einfache bis komplexe Inhalte und Fragen in beliebigen Themenfeldern durch voice- und webbasierte Services zielgruppengerecht und hoch-effizient zu bearbeiten und zu kommunizieren.

5.5.7 Projekte des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Zentrale Prüfungen

Die Aufgaben für zentrale Prüfungen in der Klasse 10 und im Abitur werden ab 2007 für die Schulen in Nordrhein-Westfalen im Internet zum Download bereitgestellt. Ein webbasiertes Rückmelde- und Berichtswesen wird aufgebaut.

Lernstandsserver

Die Schulen können passwortgeschützt die Auswertung der Lernstandserhebungen vornehmen sowie auf die schul- und klassenbezogenen Ergebnisse zugreifen.

Unterstützung Qualitätsanalyse

Die Datenerfassung und -auswertung für alle Qualitätsteams in Nordrhein-Westfalen wird vereinfacht und vereinheitlicht. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung und schulpolitische Entscheidungsträger können Steuerungswissen zuverlässig und schnell abrufen.

Auslandsaktivitäten der NRW-Schulen

Informationen und Auswertungen zu Schulpartnerschaften zwischen Schulen in Nordrhein-Westfalen und Schulen weltweit, Berufspraktika im Ausland sowie zu Schüleraustauschmaßnahmen und Hilfsprojekten der Schulen werden zentral bereitgestellt. Die Schulen können die Daten webbasiert eingeben.

5.5.8 Projekte des Ministeriums für Bauen und Verkehr

EDV-Mittelabruf in der Städtebauförderung

Im Rahmen des Projektes ist angedacht, in einem ersten Schritt den Kommunen in NRW den Mittelabruf in der Städtebauförderung EDV-gestützt per Formularserver zu ermöglichen. Der Mittelabruf

erfolgt u. a. durch Einsatz der elektronischen Signatur. In einem späteren Schritt soll das Formularangebot erweitert und die Antragstellung auf Förderung in der Stadterneuerung per Formularserver ermöglicht werden. Sofern die Wohnungsbauförderungsanstalt bei der NRW.Bank ein Interesse daran hat, könnte zu einem späteren Zeitpunkt über deren Einbindung in den Workflow nachgedacht werden.

Wohngeld-online Antragstellung NRW

Ziel dieses Projektes ist es, die Wohngeld-Antragstellung per Papier für den Bürger zu ersetzen und eine medienbruchfreie und damit beschleunigte Bearbeitung in den kommunalen Wohngeldstellen zu ermöglichen. Der Bürger soll zukünftig in die Lage versetzt werden, seinen Wohngeldantrag über das Internet an seinem PC auszufüllen und an die Wohngeldstelle zu übermitteln.

Wohngeldberechnungsprogramm für die Bürger/innen in NRW

Das Projekt hat die Entwicklung und Bereitstellung eines Wohngeldberechnungsservices zum Inhalt. Mit diesem landesweit zur Verfügung stehenden Wohngeldrechner können die Bürger zukünftig vorab im Internet ihren möglichen Wohngeldanspruch überprüfen und so neben eigenen Zeit- und Kostenersparnissen auch zu einer Verminderung des Verwaltungsaufwandes beitragen.

Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte

In dem bundesweiten E-Government-Projekt (Deutschland-Online) wird ein internetbasiertes, länderübergreifendes Genehmigungsverfahren für die geschätzten 100.000 Großraum- und Schwerlasttransporte auf Deutschlands Straßen entwickelt.

Beschwerdemanagement – Bereich Straßenbau

Im Projekt wird ein Kontaktformular entworfen und im Internet bereitgestellt, um alle relevanten Informationen für eine Beschwerdebearbeitung im Bereich

des Landesbetriebes Straßenbau zu erhalten. Eingehende Beschwerden, Anregungen (z. B. betroffene Straßenabschnitte, Schilderung des Sachverhaltes durch Textvorgaben etc.) sollen so eine strukturierte Bearbeitung und Zuordnung erfahren.

Webbasiertes Gesundheitsportal zur Fitness am Arbeitsplatz – Fit for work

Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Informationen zur Gesundheitsvorsorge zu liefern und sie zur eigenverantwortlichen Umsetzung zu animieren, ist ein webbasierter Gesundheitsdienst geplant. Z. B. werden täglich wechselnde Anleitungen zur Fitness am Arbeitsplatz inkl. konkreter Übungen bereitgestellt. Wahlweise könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich eine „Gesundheitsmail“ mit Verlinkung auf Gesundheitsthemen in Zusammenhang mit der Arbeit erhalten.

Forum für Soziale Ansprechpartner / innen - SAP

Inhalt des Projektes ist der Aufbau eines internetbasierten Forums zur Vernetzung der Sozialen Ansprechpartner / innen (SAP) als Komponente des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

TEXI

Das Projekt bietet eine einheitliche, qualitätsgesicherte Grundlage zur Erstellung von Ausschreibungs-/ Vertragsunterlagen gemäß HVA B-StB im Bereich des Landesbetriebes Straßenbau.

5.5.9 Projekte des Justizministeriums

Versteigerungstermine Immobilien

Im Projekt wird die automatisierte Online-Veröffentlichung von Versteigerungsterminen für Grundstücke und Eigentumswohnungen aus den Fachverfahren der Vollstreckungsabteilungen der Gerichte auf Basis von XML realisiert.

Elektronische Melderegisterauskunft für Behörden (eMAB)

Die elektronische Behördenauskunft ermöglicht die Erteilung von Auskünften aus kommunalen Melderegistern an Landesbehörden in NRW über ein Web-Portal.

Justiz-Auktion

Im Rahmen des Projektes wird ein Web-Angebot aufgebaut, welches Online-Auktionen zur Veräußerung verfallener oder eingezogener Gegenstände bei den Staatsanwaltschaften, entbehrlich gewordener beweglicher Gegenstände der Justizverwaltung und gepfändeter Gegenstände der Gerichtsvollzieher anbietet.

Weiterer Schwerpunkt der Projekte des Justizressorts ist die Einführung der rechtsverbindlichen Kommunikation zwischen den Justizbehörden sowie zwischen Justizbehörden und deren Kunden. Die rechtsverbindliche Kommunikation stützt sich jeweils auf den Einsatz des auf der Basis des OSCI-Standards entwickelten EGVP (elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach). Ferner wird in allen genannten Projekten der bundesweite Standard XJustiz genutzt. Zurzeit befinden sich folgende Projekte in der Umsetzung:

Elektronischer Rechtsverkehr in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Im Vorhaben wird die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Verwaltungsgerichten (Fachverfahren VG/FG) und – insbesondere – mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) realisiert.

Versorgungsausgleich online

Das Vorhaben hat den rechtsverbindlichen Datenaustausch zwischen den Familiengerichten und Rentenversicherungsträgern zur Beschleunigung von Scheidungsverfahren zum Inhalt.

Grundbuchanträge online

Das Vorhaben soll die rechtsverbindliche Antragstellung insbesondere der Notare bei den Grundbuchämtern ermöglichen.

Betreuervergütung online

Der im Projekt zu entwickelnde Dienst soll die Beantragung und Festsetzung der Betreuervergütung ermöglichen. Er beinhaltet Erfassung und Prüfung der Betreuervergütungen.

Elektronischer Rechtsverkehr bei den Zivilgerichten

Der Service ermöglicht die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen Rechtsanwälten und Zivilgerichten (Fachverfahren JUDICA) im Falle der Klageerhebung, im Laufe des Zivilprozesses und im Kostenfestsetzungsverfahren (Unterstützung der Initiative der Gemeinsamen Kommission des EDV-Gerichtstags e.V.).

Online-Überführung von Mahnsachen in das streitige Verfahren

Im Projekt wird die elektronische Datenübermittlung von den zentralen Mahngerichten (automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren) zu den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Fachverfahren JUDICA) aufgebaut.

Elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten

Das Projekt hat die Realisierung der rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation insbesondere der Notare mit den Registergerichten (Fachverfahren RegisSTAR) zum Inhalt; dabei erfolgt eine Integration in das Fachverfahren.

Elektronischer Rechtsverkehr in Betreuungssachen

Das Projekt umfasst die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen den Betreuungsab-

teilungen der Gerichte (Fachverfahren BetreuTEX) und den Betreuungsbehörden, Rechtsanwälten und Leitern entsprechender Einrichtungen (insbesondere Altenheimen und Krankenhäusern). Eine Integration in das Fachverfahren ist geplant.

Elektronischer Rechtsverkehr in der Finanzgerichtsbarkeit

Das Vorhaben umfasst die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Finanzgerichten des Landes (Fachverfahren VG/FG), den Behörden der Finanzverwaltung und dem Bundesfinanzhof.

OWi-Maut Direkt

Es soll eine rechtsverbindliche elektronische Datenübermittlung in Ordnungswidrigkeitssachen betreffend Lkw-Maut zwischen dem Bundesamt für Güterverkehr, der Staatsanwaltschaft Köln (Fachverfahren MESTA) und dem Amtsgericht Köln (Fachverfahren JUDICA) realisiert werden.

Elektronische Anklageerhebung

Im Rahmen dieses Vorhabens wird die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Staatsanwaltschaften (Fachverfahren MESTA) und den Gerichten (Fachverfahren JUDICA) – insbesondere die Anklageerhebung – realisiert.

5.5.10 Projekte des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Chemikalien Überwachungssystem NW

Der Dienst ermöglicht den schnellen, transaktionsorientierten und medienbruchfreien Austausch und die Nutzung von Vollzugsergebnissen (Chemikalienrecht) für kommunale und staatliche Behörden auf elektronischem Wege. Die Integration der Fotodokumentationen und Prüfunterlagen ist vorgesehen.

Neben der Vermeidung von Doppelarbeit soll die gezielte Überprüfung von Produkten mit besonderen Mängeln erleichtert werden. Statistische Auswertungen der standardisiert erfassten Vollzugsergebnisse sollen genutzt werden, um schneller besondere Defizite zu erkennen. Zusätzlich sollen die Ergebnisse genutzt werden, um sowohl die allgemeine Öffentlichkeit über die Arbeit der Behörden zu informieren als auch die Fach- und Interessensverbände zu sensibilisieren und Multiplikatoreffekte zu nutzen.

Integriertes DV-System Verbraucherschutz

Der Dienst integriert die im Bereich Verbraucherschutz bei kommunalen und staatlichen Behörden installierten EDV-Programme zu einer gemeinsamen, transaktionsorientierten Anwendungs- und Auswertungssoftware für Analyse- und Vollzugsdaten.

5.5.11 Projekte des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Förderprogrammcontrolling im MGFFI

Das Verfahren bietet den Empfängern von Fördermitteln des MGFFI die Möglichkeit, die für das Förderprogrammcontrolling im MGFFI benötigten Daten online zu übermitteln. Die Erhebungsbögen können über die zentrale Infrastruktur-Komponente „Formularserver“ des Landes NRW webbasiert ausgefüllt werden. Die übermittelten Daten werden in einer zentralen Förderprogrammdatenbank gespeichert und bedeutend zeitnäher als bisher ausgewertet.

Online-Bestellsystem Printmedien der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Das Online-Bestellsystem erlaubt die elektronische Bestellung von Buchtiteln auf der Website der LZpB (<http://www.politische-bildung.nrw.de>). In einer weiteren Entwicklungsstufe wird auch die Bezahlung im Internet möglich sein. Dazu soll ein Online-Bezahlungssystem integriert werden, das z. Zt. als zentrale Infrastrukturkomponente der Landesverwaltung NRW entwickelt wird.

Internet-Portal „frauenrnrw.de“

Das Internet-Portal vermittelt Informationen für Bürgerinnen und frauenpolitisch Aktive in Nordrhein-Westfalen. Zur Unterstützung und Vernetzung der Fraueninfrastruktur soll die Kommunikationsplattform von frauenrnrw.de (u. a. Chats, Foren) erweitert werden.

Automatisiertes An- und Abwesenheitsmanagement

In diesem Projekt wird das elektronische Zeitmanagement im MGFFI unter folgenden Aspekten modernisiert:

- : Online-Zugriff auf Gleitzeitdaten
- : automatisierte Abbildung von Workflows für die Buchung von An- und Abwesenheitszeiten sowie die Beantragung und Genehmigung von Abwesenheiten (Urlaub, Dienstreisen etc.)
- : Softwareunterstützung für betriebliches Eingliederungsmanagement

Automatisiertes Erstattungsverfahren für Pauschalen zur Unterbringung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern

Der Service stellt die sichere elektronische Kommunikation zwischen Landesbehörden und Kommunen im Verwaltungsverfahren „Zuweisung der Landespauschalen an die einzelnen Kommunen für die Unterbringung der Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer“ sicher. Im Rahmen dieses Dienstes steht den Kommunen des Landes NRW ein elektronisches Formular zum Ausfüllen zur Verfügung, welches verschlüsselt und signiert versendet wird.

6. Projektorganisation des Aktionsplans 2009

Die Umsetzung des Aktionsplans 2009 wird durch einen Lenkungsausschuss gesteuert. Bis auf weiteres wird diese Funktion vom IMA Automation wahrgenommen. Soweit die internen Zuständigkeitsregelungen der Ressorts es erfordern, kann er um weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer ergänzt werden.

Für das Projektmanagement des Aktionsplans 2009 wird beim Innenministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet. Zu den Aufgaben des Projektmanagements gehören u. a.

- : die Führung einer Projektdatenbank, die wesentliche Informationen zu den Projekten des Aktionsplans 2009 enthält,
- : die Bereitstellung einer technischen Lösung zur kontinuierlichen Aktualisierung und ggf. Ergänzung der Projektinformationen durch die zuständigen Ressorts,
- : der regelmäßige Informationsaustausch mit Wirtschaft und Kommunen, den Partnern des Aktionsplans 2009, sowie
- : die Unterstützung der diesbezüglichen Gremienarbeit im Projekt.

Der Aktionsplan 2009 ist in der Umsetzung dynamisch angelegt. Hierzu gehört nicht nur, dass die Pläne der in diesem Dokument benannten Projekte regelmäßig aktualisiert werden. Auch eine Neuaufnahme oder Neubewertung von Projekten kann erfolgen.

Der Lenkungsausschuss befasst sich mit entsprechenden Änderungsvorschlägen und gibt gegenüber dem zentralen Projektmanagement eine Empfehlung ab, ob ein neues Fachverfahren in den Aktionsplan 2009 aufgenommen werden soll.

Der Aktionsplan 2009 hat zunehmend Berührungspunkte zu den E-Government-Aktivitäten des Kommunalbereichs und der Wirtschaft. Der Kooperationsausschuss E-Government (KoopA E-Gov) steuert die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalbereich. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der Landesverwaltung, der kommunalen Spitzenverbände und weiterer Einrichtungen (z. B. kommunale Rechenzentren) an. Die unterschiedlichen Themen werden in Arbeitsgruppen gemeinsam ausgearbeitet. Zwischen diesem Gremium und dem Lenkungsausschuss wird ein intensiver Informationsaustausch sichergestellt.

Anhang zum Aktionsplan

Projektname

Langzeitarchivierung elektronischer Unterlagen (LEU)

Kurzbeschreibung	Das Vorhaben des Landesarchivs NRW umfasst Konzeption, Aufbau und Betrieb eines IT-Systems zur Langzeitarchivierung elektronischer Unterlagen, die zunehmend von Behörden den Archiven zur Übernahme angeboten werden.	
Fachbereich	StK	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist, ein IT-System zu pilotieren, um ausgewählte elektronische Unterlagen langfristig zu archivieren. Hierbei ist u. a. die dauerhafte Benutzbarkeit der elektronischen Unterlagen für Dritte sicherzustellen.	
Vorteile/Nutzen	Erhalt des elektronischen kulturellen Erbes und effizientere Nutzung von Archivgut	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft	
Technische Anforderungen	„Elektronische Archivfähigkeit“ der elektronischen Unterlagen und der zugehörigen erzeugenden IT-Systeme; LVN-Zugang	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	mittel	mittel

Projektname

Retrokonversion archivischer Findmittel

Kurzbeschreibung	Im Rahmen dieses Projekts werden analog vorliegende archivische Findmittel digitalisiert und online verfügbar gemacht.	
Fachbereich	StK	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.archive.nrw.de/findbuch-digital/	
Projektziele	Ziel ist, unabhängig von Standorten, auf Findmittel der Staats- und Personenarchive elektronisch zugreifen zu können.	
Vorteile/Nutzen	Effizientere und schnellere Nutzung der Wissensressourcen in den Staats- und Personenstandsarchiven in NRW	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft	
Technische Anforderungen	Netzzugang; Einsatz von Konversionstools	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	gering	hoch

Projektname

Ubiquitäre Kommunikation in Projekten des MIWFT (Ubikomp)

Kurzbeschreibung	Mit Ubikomp nutzen verschiedene Arbeits- und Interessengruppen eine ITKommunikationsplattform für die Kooperation in Vorhaben des MIWFT. Ubikomp bietet u. a. einfaches gemeinsames Arbeiten an Dokumenten, gemeinsame Kalender und Benachrichtigungsfunktionen von jedem Ort und zu jeder Zeit. Die Plattform wurde im Kontext des Studienkontenfinanzierungsgesetzes und zur Information beurlaubter Mitarbeiter bereits erprobt.	
Fachbereich	MIWFT	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Nicht öffentlich verfügbar, da geschlossene Benutzergruppen	
Projektziele	Ziel ist es, die Kommunikation, die Information und die Bearbeitung von Dokumenten unabhängig von der technischen Anbindung an das Internet zu gewährleisten.	
Vorteile/Nutzen	Effizientere Erstellung abstimmungsbedürftiger Dokumente, bessere Erreichbarkeit der Adressaten, auch außerhalb der Dienstzeit	
Zielgruppe	Hochschulen, Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Internet-Zugang	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
gering	–	–

Kurzbeschreibung	Im Rahmen des Elster-Projektes wird es Steuerpflichtigen ermöglicht, über das Internet Einsicht in ihre Erhebungskonten zu nehmen.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist, eine Online-Abfrage auf Erhebungskonten mit Registrierungs- und Authentifizierungsverfahren über das Internet für Steuerpflichtige und deren Bevollmächtigte anzubieten.	
Vorteile/Nutzen	Steuerpflichtige können jederzeit ihr Erhebungskonto einsehen; telefonische und schriftliche Anfragen an die Finanzämtern werden stark zurück gehen.	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Internetzugang und Signaturkarte	
Entwicklungsstand	Vorbereitung	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	hoch	hoch

Projektname

elektronischer Beihilfeantrag (eBeihilfe)

Kurzbeschreibung	Den Beschäftigten der Landesverwaltung wird es ermöglicht, über das Intranet bzw. Internet ihre Beihilfeanträge elektronisch zu stellen. Der Dienst stellt die Integration in das bestehende Abrechnungsverfahren „Beihilfe NRW“ sicher.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der flächendeckende Einsatz des Systems für alle Beihilfeberechtigten in der Landesverwaltung sowie die Reduzierung des Arbeitsaufwandes in den Beihilfestellen.	
Vorteile/Nutzen	Entfall der manuellen Dateneingabe, dadurch Effizienzsteigerung, Fehlervermeidung, schnellere Bearbeitung, dadurch schnellere Kostenerstattung, wesentliche Vereinfachung der Antragstellung	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	LVN-Zugang, PC mit Intranet/Internet-Zugang, weitere Anforderungen noch offen	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	mittel

Projektname

Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK/eRezept)

Kurzbeschreibung	Der Dienst ermöglicht die elektronische Übermittlung der Informationen bezüglich der über eRezepte ausgegebenen Arzneimittel an die Beihilfestellen.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist die Nutzung der vorhandenen elektronischen Rezeptdaten, ggf. mit automatisierter Antragstellung.	
Vorteile/Nutzen	Kundenfreundlichere Antragsbearbeitung, Verhinderung von Abrechnungsbetrug, einfachere Beihilfefestsetzung	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Noch nicht definiert	
Entwicklungsstand	Vorbereitung	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	mittel

Projektname

Automatisierte Beihilfefestsetzung (Beihilfe NRW)

Kurzbeschreibung	Der Dienst nimmt eine automatisierte Festsetzung der Beihilfe vor. Dabei werden Stammdaten aus dem LBV-Bezügeverfahren übermittelt.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist die automationsunterstützte Festsetzung der Beihilfe unter Nutzung von Mehrwertdiensten [z. B. online-Antragstellung (besonderes Projekt), Informationen zu Medizinprodukten, Nutzung des eRezeptes].	
Vorteile/Nutzen	Schnellere und insbesondere verbesserte Festsetzung der Beihilfe	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Noch nicht definiert	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	mittel

Projektname

EPOS.NRW (EPOS.NRW)

Kurzbeschreibung	Im Rahmen des Projektes EPOS.NRW wird ein neues Haushalts- und Rechnungswesen auf Basis eines Systems der integrierten Verbundrechnung (IVR) eingeführt. In der IVR wird der Ressourcenverbrauch in einem doppischen Buchführungssystem erfasst und an die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Finanzrechnung gegeben. Diese Daten sind Ausgangspunkt für die Aufstellung eines Produkthaushaltes.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	www.epos.nrw.de	
Projektziele	Ziel ist die landesweite Einführung der IVR.	
Vorteile/Nutzen	Umfassende Transparenz von Ressourcenverbrauch und Steuerung von Produkten über Kennzahlen bietet neue Informationsgrundlage für die Verbesserung von Prozessen. Durch Prozessverbesserungen entsteht Opportunitätsnutzen und langfristig auch finanzieller Nutzen. Dokumentation von Vermögen und Schulden des Landes NRW in einer Landesbilanz schafft Legitimations- und Dokumentationsgrundlage für Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung.	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Signatur, weitere Konkretisierung erfolgt noch.	
Entwicklungsstand	Vorbereitung	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

ElsterOnline-Portal

Kurzbeschreibung	Das ElsterOnline-Portal ermöglicht es allen Steuerbürgern, z. B. die Umsatzsteuer-Voranmeldung, die Dauerfristverlängerung, die Zusammenfassende Meldung und die Lohnsteuer-Anmeldung online im Internet auszufüllen und authentifiziert an die Finanzverwaltung abzusenden.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	https://www.elsteronline.de/eportal/	
Projektziele	Ziel ist, den Steuerbürgern einen Online-Dienst anzubieten, mit dem grundsätzlich alle steuerrelevanten Aufgaben erledigt werden können, ohne hierfür zusätzliche Software installieren zu müssen.	
Vorteile/Nutzen	Medienbruchlose Bearbeitung der Steuerangelegenheiten; aufwandsarme Aufgabenerledigung	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Java-Fähigkeit	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	mittel	hoch

Projektname

vollelektronische Lohnsteuerkarte (ElsterLohn II)

Kurzbeschreibung	Zur Weiterführung der Modernisierung des Lohnsteuerabzugsverfahrens über ElsterLohn I hinaus wird die papierene LSt-Karte vollständig durch elektronische Medien ersetzt.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist, den Arbeitgebern die bisher auf der Vorderseite der LSt-Karte enthaltenen Besteuerungsgrundlagen elektronisch zur Verfügung zu stellen.	
Vorteile/Nutzen	Modernisierung des LoSt-Abzugsverfahrens; Entlastung der Gemeinden u. a. durch den Wegfall der jährlich neu auszustellenden Kartonkarte; Optimierung und Vereinfachung der Geschäftsvorgänge.	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Noch offen	
Entwicklungsstand	Technischer Entwicklungsprozess	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	hoch	hoch

Kurzbeschreibung	Vergabeverfahren können nach Einführung des Systems bei allen Dienststellen der Landesverwaltung elektronisch durchgeführt werden. eVergabe NRW ermöglicht die Anbindung kommunaler Vergabestellen. Die Verfahrensabläufe werden für Landesdienststellen durch Einführung geeigneter Workflow-Systeme optimiert.	
Fachbereich	FM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	www.vergabe.nrw.de	
Projektziele	Ziel ist die Weiterentwicklung im Hinblick auf eine Workflow-Unterstützung der Vergabestellen.	
Vorteile/Nutzen	Prozesskostensparnisse bei den Vergabestellen; freiwerdende Personalressourcen können zur Professionalisierung des Einkaufs eingesetzt werden, dadurch Vermeidung von Fehlern und Qualitätsteigerung der Vergabeverfahren; Korruptionsprävention.	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	LVN-Zugang, weitere Anforderungen noch offen	
Entwicklungsstand	Vorbereitung	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Kurzbeschreibung	Im Rahmen des Projekts Expertenpool Außenwirtschaft wird eine qualitätsgeprüfte Wissensdatenbank der Außenwirtschaft erstellt, die permanent à jour gehalten wird und auf die Exporteure jederzeit online zugreifen können. Die Datenbank wird aufgebaut und gepflegt, indem die vielen und komplexen Anfragen der Exporteure aus NRW zu außenwirtschaftlichen Themen via Internet von Experten (IHK, HWK, Außenhandelsverband, Außenhandelsgesellschaft, Hochschulen, Institute etc.) per Mail kurzfristig beantwortet und diese Rechercheergebnisse in der Wissensdatenbank Außenwirtschaft aufgenommen und turnusmäßig auf Inhalt und Qualität überprüft werden.	
Fachbereich	MWME	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.nrw-export.de	
Projektziele	Ziel ist der Aufbau einer Wissens-Datenbank der Außenwirtschaft zur Verbesserung der Informationsmöglichkeit von Exporteuren in NRW.	
Vorteile/Nutzen	Qualitätsgeprüfte Wissens-Datenbank der Außenwirtschaft, jederzeitige Informationsmöglichkeit zu allen Fragen der Außenwirtschaft im Internet für NRW-Exporteure	
Zielgruppe	Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Internetzugang	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
gering	hoch	–

Projektname

Virtueller Marktplatz der Außenwirtschaft

Kurzbeschreibung

Inhalt des Vorhabens ist der Aufbau einer standardisierten und strukturierten Datenbank von Produkten und Dienstleistungsangeboten nordrhein-westfälischer Unternehmen für die Außenwirtschaft. Dienstleistungen für die Exportaktivitäten von NRW-Unternehmen können jederzeit elektronisch abgefragt werden (z. B. Außenwirtschaftsberatung, Länder scouts, Interkulturelle Kommunikation, Sprachkurse, etc.).

Fachbereich

MWME

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Ziel ist der Aufbau einer Informations-Datenbank der Anbieter-Dienstleistungen im Bereich Außenwirtschaft

Vorteile/Nutzen

Anbieter von Dienstleistungen der Außenwirtschaft (Außenwirtschaftsberatung, Länderscouts, interkulturelle Kommunikation, Sprachkurse, etc.) können sich darstellen und Nachfrager der Dienstleistungen erhalten einen schnellen Überblick.

Zielgruppe

Wirtschaft

Technische Anforderungen

Internetzugang

Entwicklungsstand

Idee

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

gering

Nutzern aus der Wirtschaft

hoch

Bürgerinnen und Bürgern

–

Kurzbeschreibung	Im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen NRW und Drittstaaten kommt es immer wieder vor, dass ausländische Firmen nach Produkten und Dienstleistungen suchen, die in NRW hergestellt werden bzw. zu erhalten sind. Durch eine Zusammenführung von verschiedenen Datenbanken von Produzenten und Dienstleistern aus NRW soll ein Anlaufpunkt für alle internationalen Interessierten geschaffen werden, um geeignete Geschäftskontakte mit exportorientierten Unternehmen aus NRW zu vermitteln.	
Fachbereich	MWME	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.efairs-nrw.de	
Projektziele	Ziel ist der Aufbau einer Informations-Datenbank, um die Kontaktvermittlung zwischen NRW Exporteuren und ausländischen Marktteilnehmern zu unterstützen.	
Vorteile/Nutzen	Aktive Suche (Namen und Branchen) nach Firmenprofilen von NRW Unternehmen, die im Export tätig sind, wird ermöglicht. Dies soll das Zustandekommen von Geschäftskontakten unterstützen.	
Zielgruppe	Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Internetzugang	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
gering	hoch	–

Kurzbeschreibung	Zielsetzung des Vorhabens ist die Beschleunigung des administrativen Teils von Gründungen. Bei den STARTERCENTERN NRW sollen Formularcenter eingerichtet werden. Hier sollen an einem Ort eine Vielzahl von gründungsrelevanten Anmelde- bzw. Meldevorgängen vom Existenzgründer schnell erledigt werden können.	
Fachbereich	MWME	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist die Vereinfachung und Beschleunigung der Gründungsformalitäten.	
Vorteile/Nutzen	Hürde zur Unternehmensgründung sinkt, Ressourceneinsparung, schnellere Prozesse, mehr Unternehmensgründungen.	
Zielgruppe	Wirtschaft, Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, evtl. Zertifikat, hohe Sicherheitsanforderungen	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	hoch	gering

Kurzbeschreibung	Mit den Erklärungsbögen zur Zuverlässigkeitsprüfung nach § 12b Atomgesetz (AtG) in Verbindung mit der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung werden Mitarbeiter auf ihre Zuverlässigkeit bei Arbeiten in kerntechnischen Anlagen oder beim Transport radioaktiver Stoffe von der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde überprüft. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Landes- und Bundespolizeibehörden, den Landesverfassungsschutzbehörden beim Generalbundesanwalt – Dienststelle Bundeszentralregister – und im Einzelfall den Strafverfolgungsbehörden beim Verkehrszentralregister sowie beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Durch eine elektronische Unterstützung der Verfahrensabwicklung sollen die Vorgänge für Verwaltung und Unternehmen effizienter abgewickelt werden.	
Fachbereich	MWME	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Digitalisierung des Verfahrens mit elektronischer Signatur.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Abwicklung der Prüfung.	
Zielgruppe	Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Signaturkarte, Internet	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	hoch	–

Kurzbeschreibung

Altbergbaubedingte und andere anthropogen bedingte oder geogene Untergrundverhältnisse führen zu Gefahren und Schäden in Höhe von mehreren Millionen Euro pro Jahr, die durch eine frühzeitige Berücksichtigung dieser Gefährdungspotenziale durch Genehmigungsbehörden, Bauherren und mit der Planung der Oberflächennutzung befasste Stellen oftmals hätten vermindert bzw. vermieden werden können. Über das Web-basierte Fachinformationssystem (FIS) sollen allen Beteiligten – gestuft nach Zugangsberechtigung in konkreter oder generalisierter Darstellung – Erstinformationen über diese Gefährdungspotenziale sofort und mit hohem Aktualitätsgrad bereitgestellt und entsprechende Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den Gefährdungspotenzialen gegeben werden.

Fachbereich

MWME

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Ziel ist es, über das Fachinformationssystem den Kunden „rund um die Uhr“ unbürokratisch, leicht verständlich und kostenfrei aktuellste Erstinformationen über Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW zur Verfügung zu stellen.

Vorteile/Nutzen

Verbesserte Berücksichtigung geogener oder athropogen verursachter Gefahrenpotenziale des Untergrundes bei der Planung und Realisierung der Oberflächennutzung, Minderung der Kosten für die Untersuchung und Sicherung von Gefahrenstellen, unnötige Behördenbeteiligungen lassen sich auf ein Minimum reduzieren.

Zielgruppe

Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Landesverwaltung

Technische Anforderungen

In Abhängigkeit von der Version: PC mit Internet/ Intranet bzw. TESTAZugang, LVN-Zugang

Entwicklungsstand

Technischer Entwicklungsprozess

Prozessveränderungspotenzial bei**Nutzern aus der Verwaltung**

hoch

Nutzern aus der Wirtschaft

hoch

Bürgerinnen und Bürgern

mittel

Kurzbeschreibung	Das Projekt hat die elektronische Unterstützung der Beteiligung von Kommunen und Behörden sowie der Bevölkerung bei der Novellierung des Landesentwicklungsprogramms und -planes zum Ziel. Es können von unterschiedlichsten Stellen Einwände gegen oder Stellungnahmen für die Novellierung vorgebracht werden.
Fachbereich	MWME
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes
URL/Link	Noch nicht bestimmt
Projektziele	Möglichkeit der Beteiligung gem. Strategische Umweltplanung, dadurch Auffangen der erhöhten Belastungen.

Vorteile/Nutzen Vereinfachte Beteiligung, bessere Beteiligung der Bürger und Organisationen

Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger

Technische Anforderungen Internet, Java-Plugin

Entwicklungsstand Pilotbetrieb

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	mittel	hoch

Projektname

Onlineanzeige für „Großkunden“

Kurzbeschreibung	„Großkunden“ wie Warenhäusern, Verkehrsbetrieben und anderen registrierten Nutzern soll es ermöglicht werden, über das Internet Strafanzeigen zu erstatten, die direkt in die polizeiliche Vorgangsbearbeitung einfließen.	
Fachbereich	IM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist es, langfristig viele Warenhäuser, Verkehrsbetriebe und andere häufig Strafanzeigen erstattende Unternehmen über eine Schnittstelle im Internet an die polizeiliche Vorgangsbearbeitung anzubinden, um Mehrfacherfassungen deutlich zu reduzieren und Massendelikte schneller abarbeiten zu können. Tatzusammenhänge können schneller erkannt werden und Serientäter schneller gefasst werden.	
Vorteile/Nutzen	Mehrfacherfassungen werden deutlich reduziert. Massendelikte erreichen die Polizei schneller. „Großkunden“ müssen keine Mitarbeiter zur Polizei entsenden, um Anzeige zu erstatten oder den Postweg zu nutzen.	
Zielgruppe	Wirtschaft, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Browser	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	hoch	–

Projektname

ePayment (ePay)

Kurzbeschreibung	Im Projekt wird eine ePayment-Komponente entwickelt, die in sämtliche Landes-Portale eingebunden werden kann und mit der offene Rechnungen online vom Portalnutzer gezahlt werden können.	
Fachbereich	IM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Da es sich hier um eine Applikation handelt, die in ein Portal integriert wird, besteht keine URL. Gggs. wird in der Zukunft eine Präsentationsseite aufgebaut.	
Projektziele	Ziel ist die Integration der ePayment-Komponente in das Geobasisdatenportal des LVermA und das Registerportal des JM, in sämtliche Portale der Landesverwaltung, in Portale anderer Bundesländer (bislang verbindlich für Brandenburg und Sachsen) und in kommunale Portale. Darüber hinaus ist ein zentrales Hosting der Komponente durch das LDS geplant.	
Vorteile/Nutzen	Kostensparnis (materiell und personell) durch zentrale Entwicklung und zentrales Hosting; einheitliche Lösung für das gesamte Land; ePayment-Komponente ist zwingender Bestandteil eines Internetportals mit Vertriebsziel bzw. Gebühren-, Kosten- oder Beitragsforderung; ePayment-Komponente ist bereits Bestandteil des Masterplan E-Government gewesen. Das zentrale Hosting durch das LDS wird laufende Kosten (Personal, Kreditkartengebühren, Inkasso, ...) minimieren; Prozessbeschleunigung durch Vollautomatisierung der Bezahlvorgänge im Portal.	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Anforderungen richten sich nach Portallösung der jeweiligen Verwaltung; die ePayKo läuft im Hintergrund.	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	hoch	hoch

Projektname

Geobasisdatenportal (geobasis.nrw)

Kurzbeschreibung

Das Landesvermessungsamt vertrieb bislang analoge und digitale Geobasisdaten wie Topographische Karten, Wander- oder Tourismuskarten, Orthophotos, usw. per Post an andere Verwaltungseinheiten, Wiederverkäufer oder den Buchhandel nach Bestellung per Telefon, eMail oder Fax. Der Vertrieb wird im Rahmen des Vorhabens an die technischen Möglichkeiten angepasst, so dass die Übermittlung an den Kunden über ein Internetportal (Bezug der digitalen Daten per Download) ermöglicht wird.

Fachbereich

IM

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

<http://www.geobasis.nrw.de>

Projektziele

Die Geobasisdaten der Landesvermessung sollen über ein Internetportal bezogen werden können; langfristig ist der Vertrieb sämtlicher Geodaten der Landesverwaltung über das Portal avisiert.

Vorteile/Nutzen

Die Nutzer können die Geobasisdaten rund um die Uhr auch am Wochenende bestellen und im Falle der digitalen Daten direkt als Download beziehen; dadurch ist der Vertrieb bürgerfreundlich; personelle Ressourcen werden frei; der Internetvertrieb folgt dem E-Government-Gedanken der Landesverwaltung.

Zielgruppe

Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Landesverwaltung, Kommunalverwaltung

Technische Anforderungen

Internetzugang, eMail-Account

Entwicklungsstand

Pilotbetrieb

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

mittel

Nutzern aus der Wirtschaft

hoch

Bürgerinnen und Bürgern

hoch

Projektname

Internet Datenerhebung im Verbund (IDEV)

Kurzbeschreibung	IDEV ist ein Gemeinschaftsprojekt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Das IDEV-System ermöglicht die werkzeuggestützte Entwicklung von Web-Formularen und das Management von Online-Erhebungen für die Amtliche Statistik.	
Fachbereich	Gesamtprojekt: Statistischer Verbund; für NRW: LDS	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	https://www.idev.nrw.de/	
Projektziele	Ziel ist die Ausweitung des Online-Angebots für Meldungen an die Amtliche Statistik. Bis Ende 2007 sollen zunächst bundesweit 50 Statistiken online zur Verfügung gestellt werden.	
Vorteile/Nutzen	Die IDEV-Anwendung bietet vielfältige Funktionen zur Unterstützung der Berichtspflichtigen bzw. meldenden Stellen. IDEV reduziert den Meldeaufwand und leistet so einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau. Zugleich ist IDEV für die Statistischen Ämter ein Weg, Einsparungspotentiale zu nutzen, indem die Prozesskette zur Erstellung einer Statistik bereits „an der Quelle“ elektronisch beginnt.	
Zielgruppe	Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Standardbrowser (mit aktiviertem JavaScript)	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll ausgebaut werden	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	hoch	mittel

Kurzbeschreibung	Die Fortbildungsakademie des Innenministeriums erweitert ihr Angebot um ein virtuelles, bedarfsgerecht und komfortabel nutzbares Lern- und Wissensangebot. Mit zahlreichen neuen Servicedienstleistungen soll sich langfristig eine eAkademie etablieren. Zu den aktuellen Leistungen zählen Online-Buchung, persönlicher virtueller Seminarordner, Lernprogramme und Lernplattform.	
Fachbereich	IM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.fah.nrw.de/de/e-learning/index.php	
Projektziele	Mit dem o. g. Projekt sind folgende Ziele verbunden: Verfahrensabläufe sollen vereinfacht werden (s. Online-Buchungsverfahren), Lernmaterial und relevante Informationen zum Seminar sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern passgenau zur Verfügung stehen und so die Vorbereitung erleichtern, Kosten sollen reduziert, Bürokratie abgebaut werden (s. online-Bereitstellung der Teilnehmerunterlagen und Anschreiben) und Nachhaltigkeit von Fortbildung soll durch sinnvolle Blended-Learning Angebote erhöht werden	
Vorteile/Nutzen	Siehe Darstellung der Projektziele	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	LVN- oder Internetzugang, JAVA-Scripts muss installiert sein; zum Abspielen von Interaktiven Lernprogrammen mit Videos muss das Programm Macromedia Flash-Player installiert sein.	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll ausgebaut werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Kurzbeschreibung	Im Rahmen dieses Dienstes werden Anträge, Anzeigen und Verwaltungsvorgänge medienbruchfrei abgewickelt. AntON ermöglicht es, Verwaltungsvorgänge anteilig bis vollständig webbasiert abzuwickeln. Damit können Bürger und Wirtschaft auf komfortablem Weg Anträge und Anzeigen via Internet stellen. Alle Vorgänge werden im Verwaltungs-Backoffice über einen webbasierten Workflow gesteuert. Durch Nutzung von Scan-Stationen und Archivmodul kann sukzessive Papier als Informationsträger weitgehend entfallen.	
Fachbereich	MAGS	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.arbeitsschutz.nrw.de/antraege ; http://www.digiko.nrw.de	
Projektziele	Bürger und Wirtschaft können auf komfortablem Weg Anträge und Anzeigen via Internet stellen. Die Vorgänge werden im Verwaltungs-Backoffice über einen webbasierten Workflow gesteuert. Durch Nutzung von Scan-Stationen und einem Archivmodul kann sukzessive Papier als Informationsträger weitgehend entfallen.	
Vorteile/Nutzen	Imagegewinn durch flächendeckende Servicefähigkeit; Rationalisierung der Vorgangsbearbeitung durch Workflowsteuerung und durchgängige Web-Basis (ermöglicht z.B. virtuelle, regional verstreute Arbeitsteams); flexible Anpassung an sich ändernde organisatorische Strukturen oder personelle Möglichkeiten; Transparenz für Antragsteller und Bearbeiter durch Tracking-Funktionalitäten, elektronische Archiv und Workflowsteuerung (Wo befindet sich mein Antrag gerade? Wie lange dauert im Durchschnitt eine Bearbeitung? Wie entwickeln sich die Auftragsgänge? Wer arbeitet gerade an Arbeitsschritt X? usw.); Auswertung von Nutzungs- und Prozessdaten zur Unterstützung fachpolitischer Steuerungsaufgaben.	
Zielgruppe	Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Java-Fähigkeit, bei Bedarf Signatur, ggf. Scan-Station	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll ausgebaut werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	mittel	mittel

Kurzbeschreibung	KomNet umfasst Strategien, Methoden und Technik für ein webbasiertes und ressortübergreifendes, integriertes Service- und Wissensmanagement. KomNet ermöglicht es, einfache bis komplexe Inhalte und Fragen in beliebigen Themenfeldern durch voice- und webbasierte Services zielgruppengerecht und hocheffizient zu bearbeiten und zu kommunizieren.	
Fachbereich	MAGS	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.komnet.nrw.de	
Projektziele	KomNet ermöglicht es, einfache bis komplexe Inhalte und Fragen in beliebigen Themenfeldern durch voice- und webbasierte Services zielgruppengerecht und hocheffizient zu kommunizieren.	
Vorteile/Nutzen	Imagegewinn durch flächen- und themendeckende Servicefähigkeit; Rationalisierung bei der Beantwortung von Anfragen zu beliebigen Themenfeldern; Transparenz des Expertenwesens („Wo in der Landesverwaltung und bei deren Kooperationspartnern findet sich welches Spezialwissen?“); Auswertung von Nutzungs- und Prozessdaten zur Unterstützung fachpolitischer Steuerungsaufgaben.	
Zielgruppe	Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Java-Fähigkeit	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll ausgebaut werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	hoch	hoch

Kurzbeschreibung	Die Aufgaben für zentrale Prüfungen in der Klasse 10 und im Abitur werden ab 2007 für die Schulen in Nordrhein-Westfalen im Internet zum Download bereitgestellt. Ein webbasiertes Rückmelde- und Berichtswesen wird aufgebaut.	
Fachbereich	MSW	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	URL kann aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden.	
Projektziele	Ziel ist, den Schulen in NRW bei zentralen Prüfungen in der Klasse 10 und im Abitur die Aufgaben schnell und unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Für eine zweite, interaktionsbezogene Phase ist der Aufbau eines Rückmelde- und Berichtswesens geplant.	
Vorteile/Nutzen	Sichere und kostengünstige Bewältigung der Logistik, einfache Handhabung und geringer organisatorischer Aufwand auf der Nutzerseite	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Schulen	
Technische Anforderungen	Internetzugang, ggf. Testa- und LVN-Zugang	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Lernstandsserver (LSE)

Kurzbeschreibung	Die Schulen können passwortgeschützt die Auswertung der Lernstandserhebungen vornehmen sowie auf die schul- und klassenbezogenen Ergebnisse zugreifen.	
Fachbereich	MSW	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.lernstand9.nrw.de/ls9web/	
Projektziele	Ziel ist die jährliche Anpassung des Systems an die wechselnden Inhalte und Aufgabenstellungen der Lernstandserhebungen; der Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Vorteile/Nutzen	Minimierung des Aufwandes bei der Auswertung der Lernstandserhebungen durch die Lehrkräfte, Angebot einer differenzierten Ergebnismeldung, Kosten- und Zeitersparnis bei der Distribution von Materialien	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Schulen	
Technische Anforderungen	Internetzugang	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Unterstützung Qualitätsanalyse (QA)

Kurzbeschreibung	Die Datenerfassung und -auswertung für alle Qualitätsteams in Nordrhein-Westfalen wird vereinfacht und vereinheitlicht. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung und schulpolitische Entscheidungsträger können Steuerungswissen zuverlässig und schnell abrufen.	
Fachbereich	MSW	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Aktuelle Informationen unter: „ http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Qualitätssicherung/Qualitätsanalyse/index.html “. Verfahren erhält künftig eine eigene URL.	
Projektziele	Ziel ist, die Datenerfassung für alle Qualitätsteams in NRW zu vereinfachen und zu vereinheitlichen sowie die Datenauswertung zu beschleunigen. Zuverlässige und schnelle Ermittlung von Steuerungswissen für das MSW und für schulpolitische Entscheidungsträger.	
Vorteile/Nutzen	Unterstützung der an den Schulen arbeitenden Qualitätsteams; schnelle und valide Aufbereitung der ermittelten Ergebnisse zur besseren Vergleichbarkeit und zur operativen (Schule, Schulaufsicht) sowie zur strategischen Steuerung (MSW)	
Zielgruppe	Zielgruppe Landesverwaltung, Schulen	
Technische Anforderungen	Verfahrensabhängig – in jedem Fall Internetzugang, E-Mailfunktion (geschlossene Benutzergruppe)	
Entwicklungsstand	Technischer Entwicklungsprozess	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Auslandsaktivitäten der NRW-Schulen (AdS.NRW)

Kurzbeschreibung	Informationen und Auswertungen zu Schulpartnerschaften zwischen Schulen in Nordrhein-Westfalen und Schulen weltweit, Berufspraktika im Ausland sowie zu Schüleraustauschmaßnahmen und Hilfsprojekten der Schulen werden zentral bereitgestellt. Die Schulen können die Daten webbasiert eingeben.	
Fachbereich	MSW	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist ein leichter Zugang zu den Informationen und Vereinfachung der Verwaltung. Im nächsten Ausbauschritt: Webbasierte Bereitstellung der Informationen durch die Schulen, Aufnahme weiterer Informationen über Auslandsaktivitäten der Schulen.	
Vorteile/Nutzen	Transparenz der Auslandsaktivitäten von Schulen.	
Zielgruppe	Landesverwaltung, am Schulleben Beteiligte und Interessierte	
Technische Anforderungen	Internetzugang	
Entwicklungsstand	Technischer Entwicklungsprozess	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	nicht bekannt	hoch

Projektname

EDV-Mittelabruf in der Städtebauförderung (EDV-MA)

Kurzbeschreibung	Im Rahmen des Projektes ist angedacht, in einem ersten Schritt den Kommunen in NRW den Mittelabruf in der Städtebauförderung EDV-gestützt per Formulareserver zu ermöglichen. Der Mittelabruf erfolgt u. a. durch Einsatz der elektronischen Signatur. In einem späteren Schritt soll das Formularangebot erweitert und die Antragstellung auf Förderung in der Stadterneuerung per Formulareserver ermöglicht werden. Sofern die Wohnungsbauförderungsanstalt bei der NRW.Bank ein Interesse daran hat, könnte zu einem späteren Zeitpunkt über deren Einbindung in den Workflow nachgedacht werden.	
Fachbereich	MBV (IM)	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://194.95.255.138/proximity/backend_muenster.jnlp	
Projektziele	Ziel ist, im Rahmen eines Pilotbetriebes einigen Kommunen den Mittelabruf per EDV zu ermöglichen und später auf alle Kommunen zu übertragen. Als weiterer Schritt ist die Weitergabe an die Investitionsbank NRW (Wfa) geplant.	
Vorteile/Nutzen	Mittelabrufe werden schneller weitergeleitet und bearbeitet, so dass das Geld früher beim Zuwendungsempfänger ankommt.	
Zielgruppe	Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Java-Fähigkeit, Signatur, Governikus, Signaturkarten und -lesegeräte	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Wohngeld-online Antragstellung NRW (WGO NRW)

Kurzbeschreibung

Ziel dieses Projektes ist es, die Wohngeld-Antragstellung per Papier für den Bürger zu ersetzen und eine medienbruchfreie und damit beschleunigte Bearbeitung in den kommunalen Wohngeldstellen zu ermöglichen. Der Bürger soll zukünftig in die Lage versetzt werden, seinen Wohngeldantrag über das Internet an seinem PC auszufüllen und an die Wohngeldstelle zu übermitteln.

Fachbereich

MBV

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Ziel ist, die Wohngeld-Antragstellung per Papier für den Bürger zu ersetzen („Nicht die Bürger sollen laufen, sondern die Daten“) und eine medienbruchfreie (und damit beschleunigte) Bearbeitung in den kommunalen Wohngeldstellen zu ermöglichen. Als erster Umsetzungsschritt ist die Bereitstellung von ausfüllbaren und mit einer Plausibilitätsprüfung versehenen Antragsformularen noch in 2006 vorgesehen.

Vorteile/Nutzen

Effizienzvorteile werden dabei sowohl auf Nutzerseite (Bürger) als auch bei den weiteren Prozessbeteiligten (insbesondere Kommunalverwaltung und dem für die Berechnung/Zahlbarmachung zuständigen LDS) wirksam.

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger

Technische Anforderungen

Internetzugang, Internetbrowser, optional: Signatur (Bürger); TESTA/-LVN-Zugang des Wohngeldbearbeiters

Entwicklungsstand

Vorbereitung

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

hoch

Nutzern aus der Wirtschaft

–

Bürgerinnen und Bürgern

hoch

Projektname

Wohngeldberechnungsprogramm für die Bürger/innen in NRW (WoG-Rechner NRW)

Kurzbeschreibung	Das Projekt hat die Entwicklung und Bereitstellung eines Wohngeldberechnungsservices zum Inhalt. Mit diesem landesweit zur Verfügung stehenden Wohngeldrechner können die Bürger zukünftig vorab im Internet ihren möglichen Wohngeldanspruch überprüfen und so neben eigenen Zeit- und Kostenersparnissen auch zu einer Verminderung des Verwaltungsaufwandes beitragen.	
Fachbereich	MBV	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist, dass der Bürger noch vor einer umfangreichen Antragstellung mit entsprechenden Belegen eine verbindliche Aussage erhält, inwieweit ein Wohngeldantrag Erfolg versprechend ist, um somit auch die Zahl der abgelehnten Anträge zu reduzieren (2005 sind knapp 166.800 Anträge abgelehnt worden – rund 30 % aller Anträge).	
Vorteile/Nutzen	Der Nutzen für den Bürger ergibt sich einerseits aus der schnellen Ermittlung seines fiktiven Wohngeldanspruchs und andererseits erspart er sich bei einem negativen Ergebnis die Mühe, den mehrseitigen Wohngeldantrag auszufüllen und alle geforderten Nachweise beizubringen. Der Nutzen für die Verwaltung besteht darin, dass sich die Anzahl der zu bearbeitenden, aber abzulehnenden Anträge reduzieren lässt und damit Verwaltungsaufwand in den Wohngeldstellen und im LDS eingespart werden kann.	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger	
Technische Anforderungen	Internetzugang, Internetbrowser (Bürger)	
Entwicklungsstand	Vorbereitung	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	hoch

Projektname

Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte (VEMAGS)

Kurzbeschreibung

In dem bundesweiten E-Government-Projekt (Deutschland-Online) wird ein internetbasiertes, länderübergreifendes Genehmigungsverfahren für die geschätzten 100.000 Großraum- und Schwerlasttransporte auf Deutschlands Straßen entwickelt.

Fachbereich

MBV

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

<http://www.vemags.de>

Projektziele

Ziel ist die Erstellung und Einführung eines Verfahrens-Moduls für ein bundesweites internetbasiertes, zukunftsweisendes Verfahrensmanagements für die Erlaubnis und Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten nach §§ 29 (3) und 46 (1) Nr. 2 und 5 StVO, das neben Effizienzvorteilen für die Antragsteller und beteiligten Verwaltungen auch solche bei der Kommunikation der verwaltungsinternen Zustimmungsprozesse im Sinne eines modernen E-Governmentverfahrens sicherstellt.

Vorteile/Nutzen

Mit der Einführung von VEMAGS erfolgt zukünftig das Stellen von Anträgen, die Antragsprüfung und die Genehmigung über das Internet. Das heute noch mühsame Versenden von Faxen und die Abfragen per Telefon gehören dann der Vergangenheit an. Alle registrierten Beteiligten, ob Antragsteller, prüfende Dienststellen oder Genehmigungsbehörden, können sich zur Bearbeitung des Antrages über einen PC mit Internetzugang in das mittels Passwort geschützte Programm einwählen. So können sich alle Beteiligten zu jedem Zeitpunkt über den aktuellen Bearbeitungsstand ihres Antrages informieren. Einmal eingegebene Daten, wie Adress- oder Fahrzeugdaten, bleiben zur weiteren Verwendung verfügbar. VEMAGS bietet somit die einmalige Chance, ein bundesweit harmonisiertes Verfahren für den Bereich des Großraum- und Schwerlastverkehrs zu erreichen, das Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen Nutzen bringt. (Weitere Details zu den erwarteten Vorteilen differenziert nach Zielgruppe siehe unter http://www.vemags.de/beschr_vorteile.html)

Zielgruppe

Wirtschaft, Kommunalverwaltung, Landesverwaltung

Technische Anforderungen

Internetzugang

Entwicklungsstand

Vorbereitung

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

hoch

Nutzern aus der Wirtschaft

hoch

Bürgerinnen und Bürgern

gering

Projektname

Beschwerdemanagement – Bereich Straßenbau (eBeMa)

Kurzbeschreibung	Im Projekt wird ein Kontaktformular entworfen und im Internet bereitgestellt, um alle relevanten Informationen für eine Beschwerdebearbeitung im Bereich des Landesbetriebes Straßenbau zu erhalten. Eingehende Beschwerden, Anregungen (z. B. betroffene Straßenabschnitte, Schilderung des Sachverhaltes durch Textvorgaben etc.) sollen so eine strukturierte Bearbeitung und Zuordnung erfahren.	
Fachbereich	MBV	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.strassen.nrw.de/siteinfo/kontaktform.php?id=0	
Projektziele	Ziel ist es, dem Bürger und der Wirtschaft die Möglichkeit der Kontaktaufnahme durch das Medium Internet anzubieten. Es sollen nur wenige Informationen erhoben werden, die aber ausreichend für eine weitere Bearbeitung einer Frage, Anregung oder Beschwerde sind.	
Vorteile/Nutzen	Erhöhung der „Kundenorientierung“ – interne strukturierte Auswertung der eingegangenen Beschwerden und Reaktion auf Beschwerdeschwerpunkte	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	
Technische Anforderungen	Internetzugang extern – Intranetzzugang intern	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
gering	gering	gering

Projektname

Webbasiertes Gesundheitsportal zur Fitness am Arbeitsplatz – Fit for work (eGeFitA)

Kurzbeschreibung

Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Informationen zur Gesundheitsvorsorge zu liefern und sie zur eigenverantwortlichen Umsetzung zu animieren, ist ein webbasierter Gesundheitsdienst geplant. Z. B. werden täglich wechselnde Anleitungen zur Fitness am Arbeitsplatz inkl. konkreter Übungen bereitgestellt. Wahlweise könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich eine „Gesundheitsmail“ mit Verlinkung auf Gesundheitsthemen in Zusammenhang mit der Arbeit erhalten.

Fachbereich

MBV

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW sollen im Rahmen eines Pilotprojektes über Fitness und Gesundheit am Arbeitsplatz informiert werden. Sie erhalten konkrete Übungsvorschläge, wie sie dieses Ziel eigenverantwortlich erreichen können. Zukünftig soll das Portal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes NRW zur Verfügung stehen.

Vorteile/Nutzen

Durch das Gesundheitsportal „Fit for Work“ sollen mittel- und langfristig die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreude gesteigert und die Arbeitsunfähigkeitszeiten gesenkt werden.

Zielgruppe

Landesverwaltung

Technische Anforderungen

LVN-Zugang

Entwicklungsstand

Idee

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

Nutzern aus der Wirtschaft

Bürgerinnen und Bürgern

mittel

–

–

Projektname

Forum für Soziale Ansprechpartner/innen – SAP (eFor-SAP)

Kurzbeschreibung	Inhalt des Projektes ist der Aufbau eines internetbasierten Forums zur Vernetzung der Sozialen Ansprechpartner/innen (SAP) als Komponente des betrieblichen Gesundheitsmanagements.	
Fachbereich	MBV	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist, die SAP's bei ihren anspruchsvollen Aktivitäten per internet-basiertem Forum effizient zu unterstützen.	
Vorteile/Nutzen	Die SAP's werden fachspezifisch betreut und unterstützt. Es findet eine Qualitätssteigerung der psychosozialen Arbeit, die die SAP's leisten, statt. Die SAP's lernen anhand von Falldarstellungen voneinander im Sinne eines eigenverantwortlichen Handelns.	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	LVN-Zugang	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Projektname

TEXI

Kurzbeschreibung	Das Projekt bietet eine einheitliche, qualitätsgesicherte Grundlage zur Erstellung von Ausschreibungs-/Vertragsunterlagen gemäß HVA B-StB im Bereich des Landesbetriebes Straßenbau.	
Fachbereich	MBV	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist eine einheitliche, qualitätsgesicherte, aktuelle Grundlage zur Erstellung von Ausschreibungs-/Vertragsunterlagen gemäß HVA B-StB im Landesbetrieb Straßenbau NRW.	
Vorteile/Nutzen	Zeitersparnis beim Anlegen einer Ausschreibung, Qualitätssicherung durch Workflow, landesweite, einheitliche Grundlage zur Ausschreibungserstellung	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	MS-Windows XP, Programminstallation von TEXI und MS-Word sowie Anschluss an Verwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Kurzbeschreibung	Im Projekt wird die automatisierte Online-Veröffentlichung von Versteigerungsterminen für Grundstücke und Eigentumswohnungen aus den Fachverfahren der Vollstreckungsabteilungen der Gerichte auf Basis von XML realisiert.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Vollstreckungsabteilungen der Gerichte und dem LDS zur Veröffentlichung der Zwangsversteigerungstermine auf Basis von XML; Ergänzung um Wertgutachten.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen, für den Bürger transparenter	
Zielgruppe	Wirtschaft, Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	mittel	mittel

Projektname

Elektronische Melderegisterauskunft für Behörden (eMAB)

Kurzbeschreibung	Die elektronische Behördenauskunft ermöglicht die Erteilung von Auskünften aus kommunalen Melderegistern an Landesbehörden in NRW über ein Web-Portal.	
Fachbereich	JM (federführend)	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	https://emab.nrw.testa-de.net/eMAB/	
Projektziele	Ziel ist, im Rahmen eines Pilotbetriebes zahlreiche Justizbehörden, ggf. auch Behörden weiterer Ressorts, an den Dienst anzuschließen und eine Entscheidung über den weiteren Betrieb des Services vorzubereiten.	
Vorteile/Nutzen	Melderegisterauskünfte werden schneller und effizienter erteilt; Effizienzvorteile werden dabei sowohl auf Nutzerseite (Landesbehörden) als auch bei den weiteren Prozessbeteiligten (insbesondere Kommunalverwaltung) wirksam.	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Testa- und LVN-Zugang	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Justiz-Auktion

Kurzbeschreibung	Im Rahmen des Projektes wird ein Web-Angebot aufgebaut, welches Online-Auktionen zur Veräußerung verfallener oder eingezogener Gegenstände bei den Staatsanwaltschaften, entbehrlich gewordener beweglicher Gegenstände der Justizverwaltung und gepfändeter Gegenstände der Gerichtsvollzieher anbietet.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.justiz-auktion.de	
Projektziele	Aufbau eines Web-Angebotes (siehe Kurzbeschreibung)	
Vorteile/Nutzen	Erzielung von höheren Erlösen durch größeren Adressatenkreis	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger	
Technische Anforderungen	Internetzugang	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	hoch

Projektname

Elektronischer Rechtsverkehr in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kurzbeschreibung	Im Vorhaben wird die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Verwaltungsgerichten (Fachverfahren VG/FG) und – insbesondere – mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) realisiert.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Verwaltungsgerichten und insbesondere dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Basis von XJustiz.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Kurzbeschreibung	Das Vorhaben hat den rechtsverbindlichen Datenaustausch zwischen den Familiengerichten und Rentenversicherungsträgern zur Beschleunigung von Scheidungsverfahren zum Inhalt.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Nocht nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Familiengerichten und den Rentenversicherungsträgern.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Projektname

Grundbuchanträge online

Kurzbeschreibung	Das Vorhaben soll die rechtsverbindliche Antragstellung insbesondere der Notare bei den Grundbuchämtern ermöglichen.		
Fachbereich	JM		
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes		
URL/Link	Noch nicht bestimmt		
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Notaren und den Grundbuchämtern.		
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen		
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung		
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz		
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb		
Prozessveränderungspotenzial bei			
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern	
mittel	mittel	-	

Projektname

Betreuervergütung online

Kurzbeschreibung	Der im Projekt zu entwickelnde Dienst soll die Beantragung und Festsetzung der Betreuervergütung ermöglichen. Er beinhaltet Erfassung und Prüfung der Betreuervergütungen.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist die Erfassung der Betreuervergütungsanträge.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen, verbesserte Kontrollmöglichkeit	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Projektname

Elektronischer Rechtsverkehr bei den Zivilgerichten

Kurzbeschreibung	Der Service ermöglicht die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen Rechtsanwälten und Zivilgerichten (Fachverfahren JUDICA) im Falle der Klageerhebung, im Laufe des Zivilprozesses und im Kostenfestsetzungsverfahren (Unterstützung der Initiative der Gemeinsamen Kommission des EDV Gerichtstags e.V.).	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Rechtsanwälten und den Zivilgerichten im Falle der Klageerhebung und im Laufe des Zivilprozesses/im Kostenfestsetzungsverfahren.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Wirtschaft, Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	mittel	–

Projektname

Online-Überführung von Mahnsachen in das streitige Verfahren

Kurzbeschreibung	Im Projekt wird die elektronische Datenübermittlung von den zentralen Mahngerichten (automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren) zu den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Fachverfahren JUDICA) aufgebaut.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den zentralen Mahngerichten und den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit auf Basis des Fachdatensatzes XJustiz.Mahn.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Wirtschaft, Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Projektname

Elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten

Kurzbeschreibung	Das Projekt hat die Realisierung der rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation insbesondere der Notare mit den Registergerichten (Fachverfahren RegisSTAR), zum Inhalt; dabei erfolgt eine Integration in das Fachverfahren.		
Fachbereich	JM		
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes		
URL/Link	Noch nicht bestimmt		
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Registergerichten und Notaren auf Basis von XJustiz.Register.		
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen		
Zielgruppe	Landesverwaltung		
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz		
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb		
Prozessveränderungspotenzial bei			
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern	
hoch	hoch	–	

Projektname

Elektronischer Rechtsverkehr in Betreuungssachen

Kurzbeschreibung	Das Projekt umfasst die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen den Betreuungsabteilungen der Gerichte (Fachverfahren BetreuTEX) und den Betreuungsbehörden, Rechtsanwälten und Leitern entsprechender Einrichtungen (insbesondere Altenheimen und Krankenhäusern). Eine Integration in das Fachverfahren ist geplant.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Betreuungsabteilungen der Gerichte und Betreuungsbehörden, Rechtsanwälten und Leitern von Einrichtungen (insbesondere Altenheimen und Krankenhäusern) auf Basis von XJustiz.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Wirtschaft, Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	mittel	–

Projektname

Elektronischer Rechtsverkehr in der Finanzgerichtsbarkeit

Kurzbeschreibung	Das Vorhaben umfasst die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Finanzgerichten des Landes (Fachverfahren VG/FG), den Behörden der Finanzverwaltung und dem Bundesfinanzhof.		
Fachbereich	JM		
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes		
URL/Link	Noch nicht bestimmt		
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen den Finanzgerichten und Behörden der Finanzverwaltung und dem Bundesfinanzhof auf Basis von XJustiz.		
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen		
Zielgruppe	Landesverwaltung		
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz		
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb		
Prozessveränderungspotenzial bei			
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern	
hoch	–	–	

Projektname

OWi-Maut Direkt

Kurzbeschreibung	Es soll eine rechtsverbindliche elektronische Datenübermittlung in Ordnungswidrigkeitssachen betreffend Lkw-Maut zwischen dem Bundesamt für Güterverkehr, der Staatsanwaltschaft Köln (Fachverfahren MESTA) und dem Amtsgericht Köln (Fachverfahren JUDICA) realisiert werden.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen dem Bundesamt für Güterverkehr, der Staatsanwaltschaft Köln sowie dem Amtsgericht Köln auf Basis von XJustiz/XJustiz.OWI.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Elektronische Anklageerhebung

Kurzbeschreibung	Im Rahmen dieses Vorhabens wird die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit Fachverfahrensintegration zwischen den Staatsanwaltschaften (Fachverfahren MESTA) und den Gerichten (Fachverfahren JUDICA) - insbesondere die Anklageerhebung - realisiert.	
Fachbereich	JM	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel ist der elektronische Datenaustausch zwischen allen Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten auf Basis von XJustiz/XJustiz.Straf- bzw. XJustiz.OWI.	
Vorteile/Nutzen	Schnellere Bearbeitung, Vermeidung von Medienbrüchen	
Zielgruppe	Landesverwaltung	
Technische Anforderungen	Landesverwaltungsnetz	
Entwicklungsstand	Pilotbetrieb	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	-	-

Projektname

Chemikalien Überwachungs- system NW (ChemSysNW)

Kurzbeschreibung	Der Dienst ermöglicht den schnellen, transaktionsorientierten und medienbruchfreien Austausch und die Nutzung von Vollzugsergebnissen (Chemikalienrecht) für kommunale und staatliche Behörden auf elektronischem Wege. Die Integration der Fotodokumentationen und Prüfunterlagen ist vorgesehen. Neben der Vermeidung von Doppelarbeit soll die gezielte Überprüfung von Produkten mit besonderen Mängeln erleichtert werden. Statistische Auswertungen der standardisiert erfassten Vollzugsergebnisse sollen genutzt werden, um schneller besondere Defizite zu erkennen. Zusätzlich sollen die Ergebnisse genutzt werden, um sowohl die allgemeine Öffentlichkeit über die Arbeit der Behörden zu informieren als auch die Fach- und Interessensverbände zu sensibilisieren und Multiplikatoreffekte zu nutzen.	
Fachbereich	MUNLV	
Projektart	Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes	
URL/Link	Noch nicht bestimmt	
Projektziele	Ziel des Projekts ist es, einen schnellen und effizienten Austausch von Vollzugsergebnissen der verschiedenen Überwachungsbehörden untereinander zu gewährleisten. Im Rahmen eines Pilotbetriebes werden zahlreiche Vollzugs- und weitere Behörden an den Dienst angeschlossen und eine Entscheidung über den weiteren Betrieb des Services vorbereitet.	
Vorteile/Nutzen	Vollständige Überwachung dieses Bereichs, schnellerer Informationsaustausch, Vermeidung von Doppelarbeit, Optimierung der Kontrollen und unmittelbare Verwertung von Auswertungsergebnissen werden ermöglicht.	
Zielgruppe	Zielgruppe Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Testa- und LVN-Zugang	
Entwicklungsstand	Technischer Entwicklungsprozess	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
hoch	–	–

Projektname

Integriertes DV-System Verbraucherschutz (IDV)

Kurzbeschreibung

Der Dienst integriert die im Bereich Verbraucherschutz bei kommunalen und staatlichen Behörden installierten EDV-Programme zu einer gemeinsamen, transaktionsorientierten Anwendungs- und Auswertungssoftware für Analyse- und Vollzugsdaten.

Fachbereich

MUNLV

Projektart

Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes

URL/Link

<http://www.ilm.nrw.de>

Projektziele

Ziel ist es, die kommunalen und staatlichen Überwachungsdaten in NRW so miteinander zu vernetzen, dass Überwachungs- und Untersuchungsämter sie umfassend nutzen können. Darüber hinaus müssen Verwaltungsvorgänge wie auch Probanden über eine Anwendungsoberfläche ohne Medienbrüche bearbeitet und ausgewertet werden können.

Vorteile/Nutzen

Durch die Integration der verschiedenen bereits bestehenden EDV-Systeme kommt es zu einer erheblichen Ersparnis im Verwaltungsbereich, insbesondere wenn Medienbrüche vermieden werden können. Eine einzige Benutzeroberfläche erleichtert das Arbeiten und das Zusammenführen der einzelnen Daten.

Zielgruppe

Landesverwaltung, Kommunalverwaltung

Technische Anforderungen

Internetzugang, LVN-Zugang

Entwicklungsstand

Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

Nutzern aus der Wirtschaft

Bürgerinnen und Bürgern

hoch

–

–

Projektname

Förderprogrammcontrolling im MGFFI (FIFFIG-Formular- serverIntegration Für das Förder- programmcontrolling)

Kurzbeschreibung

Das Verfahren bietet den Empfängern von Fördermitteln des MGFFI die Möglichkeit, die für das Förderprogrammcontrolling im MGFFI benötigten Daten online zu übermitteln. Die Erhebungsbögen können über die zentrale Infrastruktur-Komponente „Formularserver“ des Landes NRW webbasiert ausgefüllt werden. Die übermittelten Daten werden in einer zentralen Förderprogrammdatenbank gespeichert und bedeutend zeitnäher als bisher ausgewertet.

Fachbereich

MGFFI

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Ziel ist die Vereinheitlichung des organisatorischen und technischen Verfahrens zum Förderprogrammcontrolling.

Vorteile/Nutzen

Übersichtliche Struktur durch optimierte Abläufe und Vereinheitlichung der technischen Randbedingungen, Effizienzsteigerung durch wegfallende Technikabstimmung mit den Projektnehmern, bessere Steuerungsfähigkeit und Zeitersparnis für Verwaltung und Träger im Rahmen der Qualitätsprüfung (bspw. treffen Daten Monate früher bei der Landesverwaltung ein); durch das Projekt erfolgt eine Optimierung der Steuerungsmöglichkeiten für Leitungsebenen.

Zielgruppe

Landesverwaltung, Kommunalverwaltung

Technische Anforderungen

Web-Browser

Entwicklungsstand

Evaluation

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

Nutzern aus der Wirtschaft

Bürgerinnen und Bürgern

hoch

–

–

Projektname

Online-Bestellsystem Printmedien der Landeszentrale für politische Bildung NRW (Print-LZpB)

Kurzbeschreibung

Das Online-Bestellsystem erlaubt die elektronische Bestellung von Buchtiteln auf der Website der LZpB (<http://www.politischebildung.nrw.de>). In einer weiteren Entwicklungsstufe wird auch die Bezahlung im Internet möglich sein. Dazu soll ein Online-Bezahlsystem integriert werden, das z. Zt. als zentrale Infrastruktur-Komponente der Landesverwaltung NRW entwickelt wird.

Fachbereich

MGFFI

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

<http://www.politische-bildung.nrw.de>

Projektziele

Ziel ist die Modernisierung und Optimierung der Bestellabläufe für Buchinteressenten, welche die Website der LZpB nutzen.

Vorteile/Nutzen

Publikationsbestellungen werden durch die Einführung des Online-Bestellsystems schneller, komfortabler und effizienter. Die Effizienzvorteile liegen sowohl auf der Nutzerseite (Bürgerinnen und Bürger) als auch auf der Seite der Serviceanbieter (siehe MGFFI/LZpB).

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Kommunalverwaltung, Landesverwaltung

Technische Anforderungen

Internetzugang

Entwicklungsstand

Evaluation

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

mittel

Nutzern aus der Wirtschaft

gering

Bürgerinnen und Bürgern

mittel

Projektname

Internet-Portal „frauen nrw.de“

Kurzbeschreibung	Das Internet-Portal vermittelt Informationen für Bürgerinnen und frauenpolitisch Aktive in Nordrhein-Westfalen. Zur Unterstützung und Vernetzung der Fraueninfrastruktur soll die Kommunikationsplattform von frauen nrw.de (u.a. Chats, Foren) erweitert werden.	
Fachbereich	MGFFI	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.frauen nrw.de	
Projektziele	Ziel ist die Unterstützung der Vernetzung der Fraueninfrastruktur in NRW, der einfache und zentrale Informationseinstieg für Bürgerinnen und Bürger zu frauenspezifischen Fragestellungen, die Stärkung und Sichtbarmachung der Medienkompetenz von Frauen.	
Vorteile/Nutzen	Weitere Erhöhung der Akzeptanz und Nutzung des Internets von Frauen, Vermittlung gleichstellungspolitischer Informationen in hoher Flexibilität, Vernetzung zwischen und mit der Fraueninfrastruktur in NRW.	
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger	
Technische Anforderungen	Internetzugang (Browser)	
Entwicklungsstand	Regelbetrieb soll weiterentwickelt werden.	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	mittel

Projektname

Automatisiertes An- und Abwesenheitsmanagement (A³)

Kurzbeschreibung

In diesem Projekt wird das elektronische Zeitmanagement im MGFFI unter folgenden Aspekten modernisiert:

: Online-Zugriff auf Gleitzeitdaten

: automatisierte Abbildung von Workflows für die Buchung von An- und Abwesenheitszeiten sowie die Beantragung und Genehmigung von Abwesenheiten (Urlaub, Dienstreisen etc.)

: Softwareunterstützung für betriebliches Eingliederungsmanagement.

Fachbereich

MGFFI

Projektart

Neuentwicklung eines E-Government-Dienstes

URL/Link

Noch nicht bestimmt

Projektziele

Ziel ist die Abbildung von Standardworkflows der internen Verwaltung als Vorstufe für komplexere Dokumentenmanagementprozesse.

Vorteile/Nutzen

Arbeitszeitbuchungen und (optional) Urlaubs- und Dienstreisegenehmigung; entsprechende Antragsverfahren können zukünftig bedeutend effizienter und schneller papierlos durchgeführt werden. Mit einer Abbildung dieser überschaubaren – das gesamte Personal der Behörde betreffenden – Prozesse wird eine Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen für die Vorteile der elektronischen Vorgangsbearbeitung angestrebt. Ein Akzeptanzgewinn für die ebenfalls geplante Einführung eines Dokumentenmanagementsystems wird erwartet.

Zielgruppe

Landesverwaltung

Technische Anforderungen

Web-Browser

Entwicklungsstand

Evaluation

Prozessveränderungspotenzial bei

Nutzern aus der Verwaltung

hoch

Nutzern aus der Wirtschaft

–

Bürgerinnen und Bürgern

–

Projektname

Automatisiertes Erstattungs- verfahren für Pauschalen zur Unterbringung von Spätaussied- lerinnen und Spätaussiedlern

(IdeKom – Integration durch elektronische Kommunikation)

Kurzbeschreibung	Der Service stellt die sichere elektronische Kommunikation zwischen Landesbehörden und Kommunen im Verwaltungsverfahren „Zuweisung der Landespauschalen an die einzelnen Kommunen für die Unterbringung der Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer“ sicher. Im Rahmen dieses Dienstes steht den Kommunen des Landes NRW ein elektronisches Formular zum Ausfüllen zur Verfügung, welches verschlüsselt und signiert versendet wird.	
Fachbereich	MGFFI	
Projektart	Weiterentwicklung eines bestehenden E-Government-Dienstes	
URL/Link	http://www.lum.nrw.de/PDF/PDF-Formulare/Antrag_fuer_die_Anforderung_-_LAufG.pdf	
Projektziele	Ziel ist der Anschluss aller Verfahrensbeteiligten (396 Kommunen des Landes NRW, 5 Bezirksregierungen sowie das MGFFI) an den Dienst, ggf. auch die Nutzung für weitere Verfahren.	
Vorteile/Nutzen	Das Antragsverfahren wird durch die Einführung des Dienstes schneller und effizienter durchgeführt. Effizienzvorteile werden dabei sowohl auf Nutzerseite (Kommunen) als auch bei den weiteren Verfahrensbeteiligten (insbesondere Landesstelle Unna-Massen, 5 Bezirksregierungen und dem MGFFI) wirksam. Es wird eine Lösung für eine sichere und rechtverbindliche Kommunikation mit den Landesbehörden angestrebt. Der doppelte Transportweg zur Termineinhaltung (Fax und Postweg) entfällt.	
Zielgruppe	Landesverwaltung, Kommunalverwaltung	
Technische Anforderungen	Internetzugang, LVN-Zugang (ist durch Testa-Anschluss bei allen Kommunen gegeben), Java-Fähigkeit, Signatur	
Entwicklungsstand	Idee	
Prozessveränderungspotenzial bei		
Nutzern aus der Verwaltung	Nutzern aus der Wirtschaft	Bürgerinnen und Bürgern
mittel	–	–

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen / Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen / Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hier von unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

.....

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
: Referat 54 -
: Referat Öffentlichkeitsarbeit -
Haroldstraße 5

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 871 – 01
Telefax: 0211 / 871 – 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 871 – 01
Telefax: 0211 / 871 – 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Ruhrdigital Besitz
GmbH & Co. KG
Deggingstraße 42
44141 Dortmund
Telefon: 0231 / 50 24636
Telefax: 0231 / 50 24692
www.d-nrw.de



Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen

